Gemeinde Holm

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0715/2018/HO/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	08.02.2018
Bearbeiter:	René Goetze	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bauausschuss der Gemeinde Holm	01.03.2018	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Holm	15.03.2018	öffentlich
Gemeindevertretung Holm	22.03.2018	öffentlich

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 28 für das Gebiet nördlich der Schulstraße, östlich der Hauptstraße (B431) und südlich der Straße Im Winkel

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Der Eigentümer des Grundstückes Schulstraße 1 beabsichtigt sein Grundstück zum Zwecke der Bebauung des Grundstückes zu veräußern. Der potentielle Neueigentümer ist auf die Gemeinde zugekommen und hat in Folge eines Erstgespräches den beigefügten Antrag gestellt.

Aus Sicht der Verwaltung, nach Abstimmung mit der Bauaufsichtsbehörde des Kreises, stellt sich die Situation wie folgt dar:

Das Grundstück wird derzeit nach § 34 Baugesetzbuch beurteilt. Danach sind neue Bauvorhaben zulässig, sofern sie sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, überbaubarer Grundstücksfläche, ... in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen. Die nähere Umgebung ist die Schulstraße. Der Eigentümer hätte somit heute bereits das Recht, vorhandene Gebäude abzubrechen und an Stelle dieser beispielsweise Einfamilien- und Doppelhäuser oder aber auch kleinere Mehrfamilienhäuser zu errichten. Dies dürfte jedoch nicht im ortsplanerischen Interesse der Gemeinde sein. Das Gebäude Schulstraße 1 war in der Vergangenheit bereits Gegenstand von unterschiedlichen Konzeptideen, welche die Erhaltung dieses ortsbildprägenden Gebäudes zum Gegenstand hatten. U.a. war die Einrichtung eines Heimatmuseums angedacht. Die Gemeinde sollte daher aus Sicht der Verwaltung das Ziel verfolgen, das ortsbildprägende Gebäude, in welcher Form auch immer, zu erhalten. Der potentielle Neueigentümer hat diesen Gedanken in seinen Vorüberlegungen aufgenommen und hat eine Projektidee entwickelt, welche den Erhalt der Struktur des Gebäudes aufnimmt. Es ist beabsichtigt, die vorhandene Scheune auf dem Grundstück abzubrechen, das vordere Gebäude sowie die prägende Baumstruktur zu erhalten und durch angemessene, sich einfügende Mehrfamilienhausbebauung zu ergänzen. Im weiteren Grundstücksverlauf sind noch 1 Einfamilienhaus und 2 Doppelhäuser geplant. Bei den Vorplanungen der neuen Mehrfamilienhäuser hat der Planer versucht die Besonderheit des Gebäudes Schulstraße 1 in Szene zu setzen und durch angepasste, sich einfügende Bebauung zu ergänzen. Dies wird u.a. durch die Aufnahme der bestehenden Dachneigungen, Fassaden- und Dachfarben deutlich. Aus Sicht der Verwaltung dürfte dies im Interesse der gemeinde liegen und es sollte versucht werden, im weiteren Prozess hier eine gemeinsame Abstimmung zu finden. Der Bebauungsplan sollte das entsprechend notwendige Planrecht schaffen, aber auch Regeln, z.B. für den Erhalt des Gebäudes, festlegen.

Für die Aufstellung des Bebauungsplanes kann das so genannte beschleunigte Verfahren angewandt werden. In diesem Verfahren kann durch Wegfall der frühzeitigen (nicht regulären) Beteiligungen und durch Wegfall der Änderungs- und Genehmigungsnotwendigkeit des Flächennutzungsplanes erheblich Zeit eingespart werden.

Finanzierung:

Die Übernahme der Planungskosten erfolgt durch den Antragsteller. Es wird ein Kostenübernahmevertrag abgeschlossen.

Fördermittel durch Dritte:

Entfällt

Beschlussvorschlag:

- 1. Für das Gebiet nördlich der Schulstraße, östlich der Hauptstraße (B431) und südlich der Straße Im Winkel wird ein Bebauungsplan mit der Nummer 28 aufgestellt. Es werden folgende Planungsziele verfolgt:
- Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes und Erhalt des Ortsbildes Schulstraße 1
- 2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
- 3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a Baugesetzbuch (Wegfall von zusätzlichen frühzeitigen Beteiligungen).
- 4. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs, der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der grenzüberschreitenden Unterrichtung der Gemeinden und Behörden soll das Planungsbüro Möller aus Wedel beauftragt werden.
- 5. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB entfällt.
- 6. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger der öffentli-

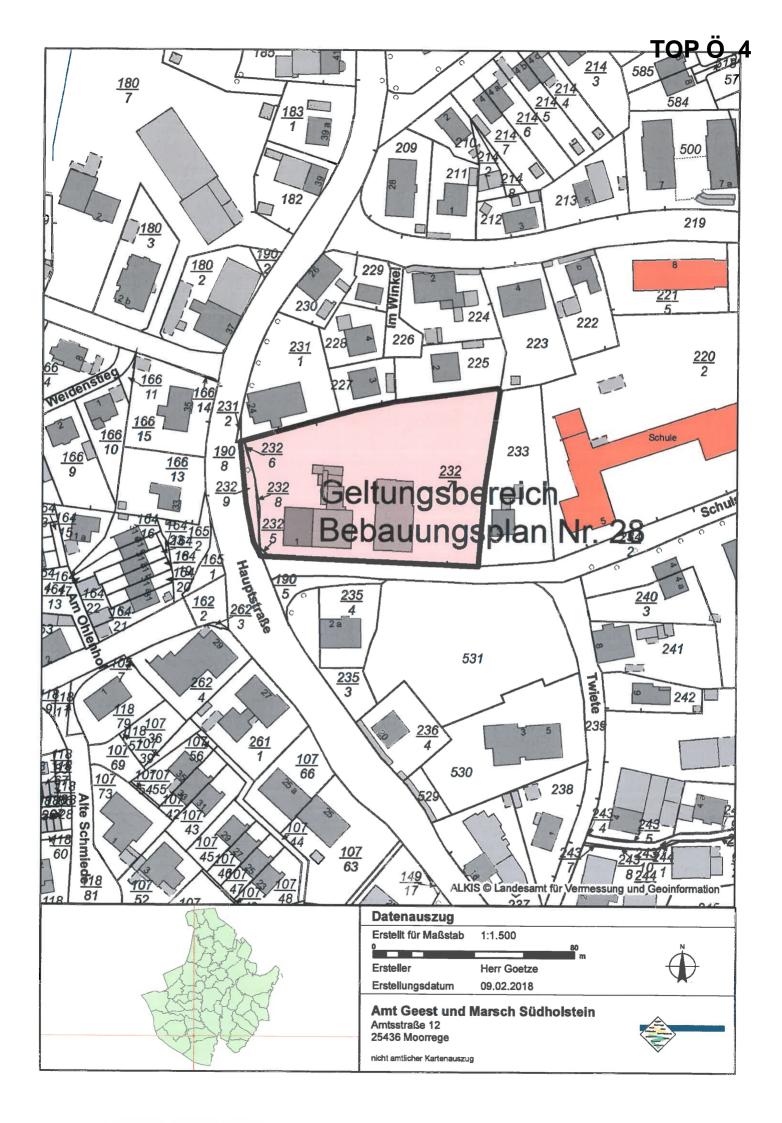
chen Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB) entfällt.

- 7. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind vor Durchführung der Beteiligungen nach § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung) und § 4 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange) in den gemeindlichen Gremien zu beraten und beschließen (Entwurfs- und Auslegungsbeschluss).
- 8. Der Flächennutzungsplan soll gemäß § 13 Abs. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden. Die Darstellung soll von bisher gemischter Baufläche und landwirtschaftlicher Fläche in gemischte Baufläche, Wohnbaufläche und Grünfläche angepasst werden.

Rißler			

Anlagen:

Lageplan





Rehder Wohnungsbau GmbH - Industriestraße 27 % - 22880 Wedel

Gemeinde Holm /Amt Geest und Marsch Südholstein Herr Götze Amtsstraße 12 25436 Moorrege

Industriestraße 27 a. 22880 Wedel Telefon 041 03 - 91 51-0 Telefax 04103-915151 info@rehder-wohnungsbau.de www.rehder-wohnungsbau.de

Wedel, 09. Februar 2018 JR/Rog

Antrag auf Einleitung eines B-Plan Verfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren.

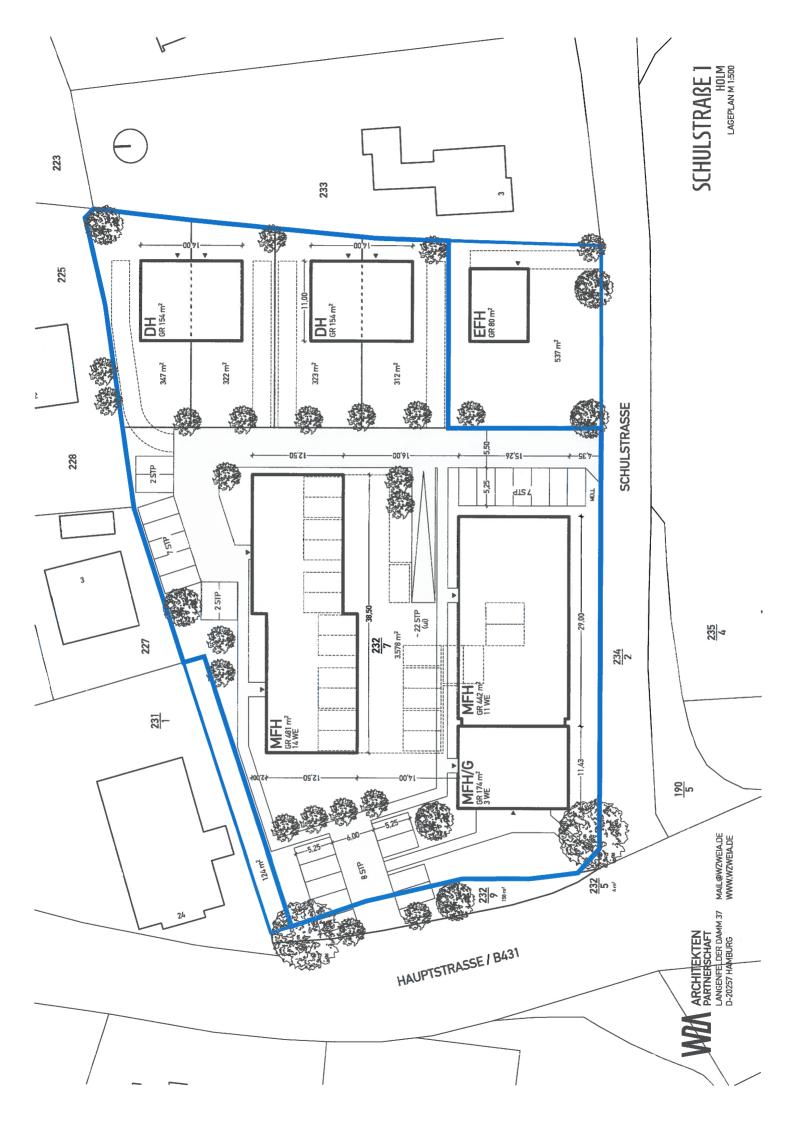
hiermit beantragen wie die Einleitung eines B-Plan Verfahrens für das Grundstück Schulstraße 1 in Holm.

Das B-Plan Verfahren ist erforderlich, da neben einer Doppel / Einzelhausbebauung auch Geschoßwohnungsbau in Anlehnung an die umliegende Bebauung geplant ist.

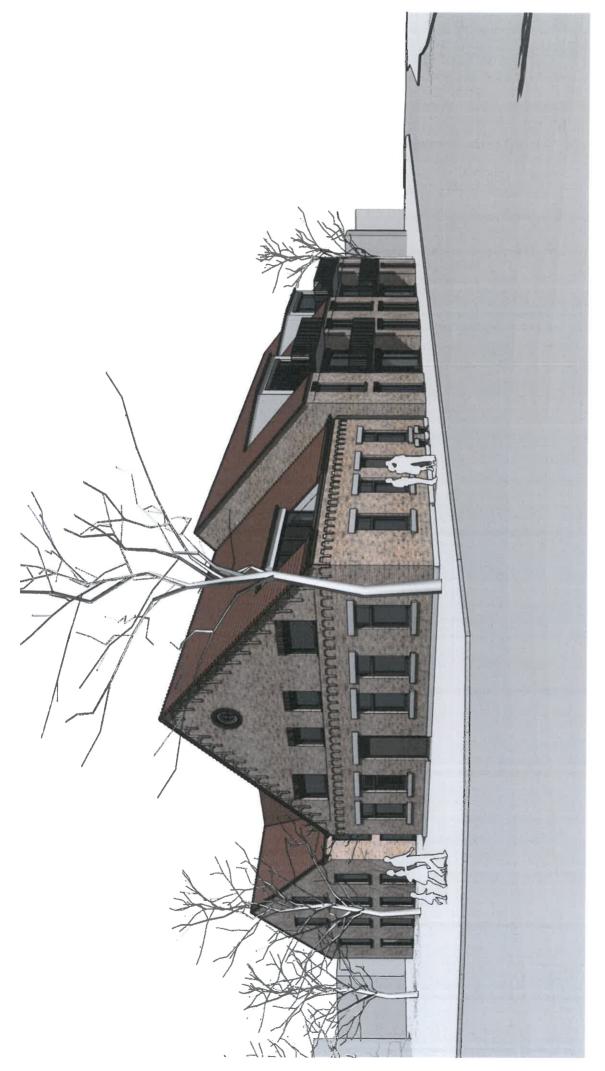
Die Giebelansicht des vorhandenen Wohngebäudes soll dabei erhalten werden.

Mit freundlichen Grüßen Rehder Wohnungsbau GmbH

Joachim Rehde







PARTHERSCHAFT
LANGENFELDER DAMM 37 MAIL@WZWEIA.DE
D-20257 HAMBURG
WWW.WZWEIA.DE

Gemeinde Holm

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0715/2018/HO/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	08.02.2018
Bearbeiter:	René Goetze	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bauausschuss der Gemeinde Holm	01.03.2018	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Holm	15.03.2018	öffentlich
Gemeindevertretung Holm	22.03.2018	öffentlich

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 28 für das Gebiet nördlich der Schulstraße, östlich der Hauptstraße (B431) und südlich der Straße Im Winkel

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Der Eigentümer des Grundstückes Schulstraße 1 beabsichtigt sein Grundstück zum Zwecke der Bebauung des Grundstückes zu veräußern. Der potentielle Neueigentümer ist auf die Gemeinde zugekommen und hat in Folge eines Erstgespräches den beigefügten Antrag gestellt.

Aus Sicht der Verwaltung, nach Abstimmung mit der Bauaufsichtsbehörde des Kreises, stellt sich die Situation wie folgt dar:

Das Grundstück wird derzeit nach § 34 Baugesetzbuch beurteilt. Danach sind neue Bauvorhaben zulässig, sofern sie sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, überbaubarer Grundstücksfläche, ... in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen. Die nähere Umgebung ist die Schulstraße. Der Eigentümer hätte somit heute bereits das Recht, vorhandene Gebäude abzubrechen und an Stelle dieser beispielsweise Einfamilien- und Doppelhäuser oder aber auch kleinere Mehrfamilienhäuser zu errichten. Dies dürfte jedoch nicht im ortsplanerischen Interesse der Gemeinde sein. Das Gebäude Schulstraße 1 war in der Vergangenheit bereits Gegenstand von unterschiedlichen Konzeptideen, welche die Erhaltung dieses ortsbildprägenden Gebäudes zum Gegenstand hatten. U.a. war die Einrichtung eines Heimatmuseums angedacht. Die Gemeinde sollte daher aus Sicht der Verwaltung das Ziel verfolgen, das ortsbildprägende Gebäude, in welcher Form auch immer, zu erhalten. Der potentielle Neueigentümer hat diesen Gedanken in seinen Vorüberlegungen aufgenommen und hat eine Projektidee entwickelt, welche den Erhalt der Struktur des Gebäudes aufnimmt. Es ist beabsichtigt, die vorhandene Scheune auf dem Grundstück abzubrechen, das vordere Gebäude sowie die prägende Baumstruktur zu erhalten und durch angemessene, sich einfügende Mehrfamilienhausbebauung zu ergänzen. Im weiteren Grundstücksverlauf sind noch 1 Einfamilienhaus und 2 Doppelhäuser geplant. Bei den Vorplanungen der neuen Mehrfamilienhäuser hat der Planer versucht die Besonderheit des Gebäudes Schulstraße 1 in Szene zu setzen und durch angepasste, sich einfügende Bebauung zu ergänzen. Dies wird u.a. durch die Aufnahme der bestehenden Dachneigungen, Fassaden- und Dachfarben deutlich. Aus Sicht der Verwaltung dürfte dies im Interesse der gemeinde liegen und es sollte versucht werden, im weiteren Prozess hier eine gemeinsame Abstimmung zu finden. Der Bebauungsplan sollte das entsprechend notwendige Planrecht schaffen, aber auch Regeln, z.B. für den Erhalt des Gebäudes, festlegen.

Für die Aufstellung des Bebauungsplanes kann das so genannte beschleunigte Verfahren angewandt werden. In diesem Verfahren kann durch Wegfall der frühzeitigen (nicht regulären) Beteiligungen und durch Wegfall der Änderungs- und Genehmigungsnotwendigkeit des Flächennutzungsplanes erheblich Zeit eingespart werden.

Finanzierung:

Die Übernahme der Planungskosten erfolgt durch den Antragsteller. Es wird ein Kostenübernahmevertrag abgeschlossen.

Fördermittel durch Dritte:

Entfällt

Beschlussvorschlag:

- 1. Für das Gebiet nördlich der Schulstraße, östlich der Hauptstraße (B431) und südlich der Straße Im Winkel wird ein Bebauungsplan mit der Nummer 28 aufgestellt. Es werden folgende Planungsziele verfolgt:
- Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes und Erhalt des Ortsbildes Schulstraße 1
- 2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
- 3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a Baugesetzbuch (Wegfall von zusätzlichen frühzeitigen Beteiligungen).
- 4. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs, der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der grenzüberschreitenden Unterrichtung der Gemeinden und Behörden soll das Planungsbüro Möller aus Wedel beauftragt werden.
- 5. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB entfällt.
- 6. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger der öffentli-

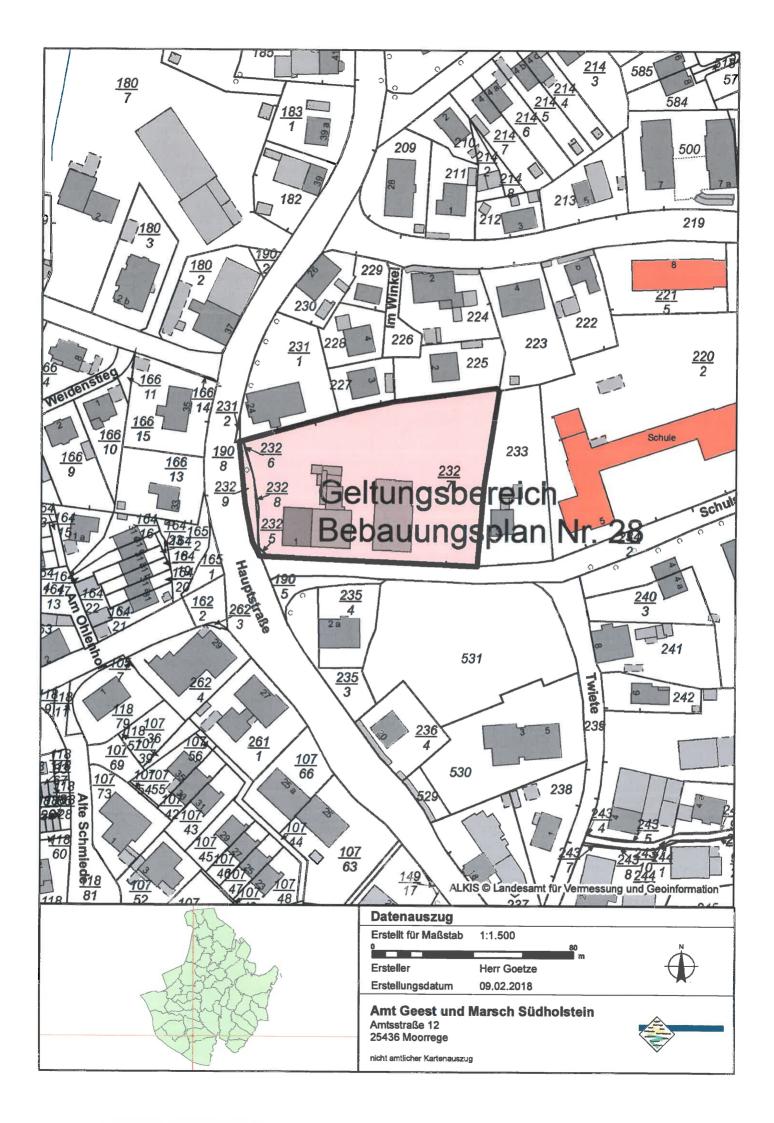
chen Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB) entfällt.

- 7. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind vor Durchführung der Beteiligungen nach § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung) und § 4 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange) in den gemeindlichen Gremien zu beraten und beschließen (Entwurfs- und Auslegungsbeschluss).
- 8. Der Flächennutzungsplan soll gemäß § 13 Abs. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden. Die Darstellung soll von bisher gemischter Baufläche und landwirtschaftlicher Fläche in gemischte Baufläche, Wohnbaufläche und Grünfläche angepasst werden.

Rißler			

Anlagen:

Lageplan





Rehder Wohnungsbau GmbH - Industriestraße 27 % - 22880 Wedel

Gemeinde Holm /Amt Geest und Marsch Südholstein Herr Götze Amtsstraße 12 25436 Moorrege

Industriestraße 27 a. 22880 Wedel Telefon 041 03 - 91 51-0 Telefax 04103-915151 info@rehder-wohnungsbau.de www.rehder-wohnungsbau.de

Wedel, 09. Februar 2018 JR/Rog

Antrag auf Einleitung eines B-Plan Verfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren.

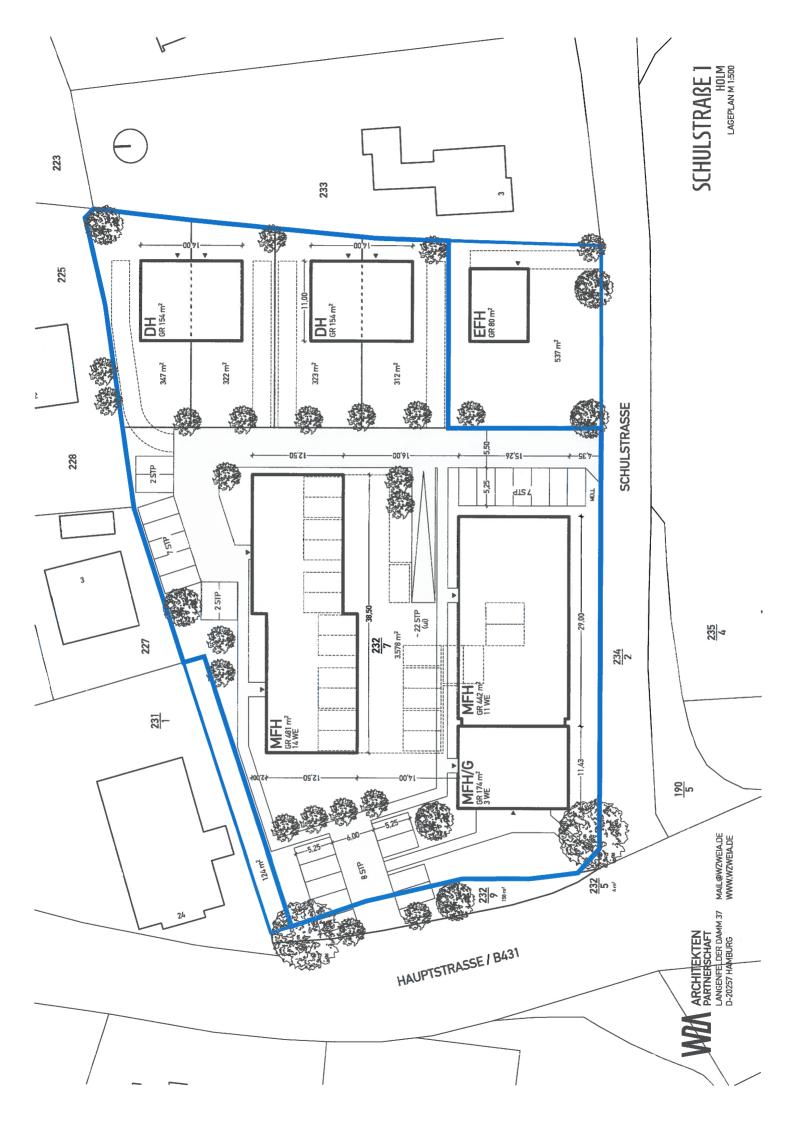
hiermit beantragen wie die Einleitung eines B-Plan Verfahrens für das Grundstück Schulstraße 1 in Holm.

Das B-Plan Verfahren ist erforderlich, da neben einer Doppel / Einzelhausbebauung auch Geschoßwohnungsbau in Anlehnung an die umliegende Bebauung geplant ist.

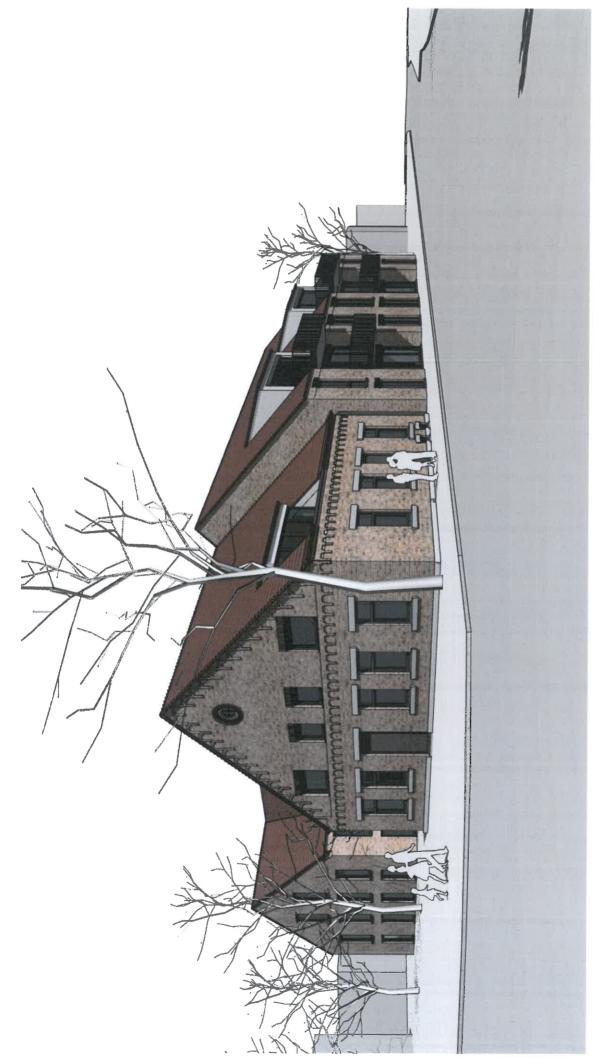
Die Giebelansicht des vorhandenen Wohngebäudes soll dabei erhalten werden.

Mit freundlichen Grüßen Rehder Wohnungsbau GmbH

Joachim Rehde







PARTHERSCHAFT
LANGENFELDER DAMM 37 MAIL@WZWEIA.DE
D-20257 HAMBURG
WWW.WZWEIA.DE

SPD-Fraktion Holm

Begleitantrag zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 28 für das Gebiet nördlich der Schulstraße, östlich der Hauptstraße (B431) und südlich der Straße Im Winkel

Die SPD-Fraktion im Gemeinderat Holm beantragt folgenden Begleitbeschluss zur Aufstellung des B-Planes Nr. 28:

Der Bauausschuss empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt:

Für den zu erstellenden Bebauungsplan soll festgeschrieben werden, dass bei den Mehrfamilienhäusern 30% der Wohneinheiten mietpreisgebunden und mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung errichtet werden sollen.

Für die SPD-Fraktion

Dietmar Voswinkel

Gemeinde Holm

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0736/2018/HO/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	13.07.2018
Bearbeiter:	Melanie Pein	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bauausschuss der Gemeinde Holm	06.09.2018	öffentlich
Gemeindevertretung Holm	20.09.2018	öffentlich

Änderung der Vergaberichtlinien für die Vergabe der Wohnbaugrundstücke für das B-Plangebiet Nr. 27

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund der am 22.03.2018 durch die Gemeindevertretung beschlossenen Vergaberichtlinien für die Vergabe gemeindeeigener Grundstücke im B-Plangebiet Nr. 27 erfolgte nunmehr eine Überprüfung der aktuellen Bewerberzahl durch Abfrage. Hierbei wurden gemäß der Vergaberichtlinien zunächst nur die Holmer Bürgerinnen und Bürger bzw. ehemaligen Holmer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt, die Kinder haben und auch die sonstigen genannten Voraussetzungen der Vergaberichtlinien erfüllen.

Die Vergaberichtlinien regeln nicht, wie verfahren werden soll, wenn mehrere Bewerber die genannten Voraussetzungen erfüllen. Daher sollten die Vergaberichtlinien dahingehend geändert werden, dass das Antragsdatum über die Rangfolge entscheidet, wenn mehrere Bewerber die Voraussetzungen erfüllen. Ein entsprechender Entwurf über die Änderung der Vergaberichtlinien vom 22.03.2018 ist als Anlage beigefügt.

Finanzierung:

entfällt

Fördermittel durch Dritte:

Entfällt

Beschlussvorschlag: Der Bauausschuss empfiehlt/Die Gemeindevertretung beschließt, den vorliegenden Änderungen der gemeindlichen Vergaberichtlinien laut Anlage zuzustimmen.
Hüttner
Anlagen: Entwurf der gemeindlichen Vergaberichtlinien

Änderung der Richtlinien

der Gemeinde Holm

für die Vergabe gemeindeeigener Grundstücke B-Plan 27 vom 22.03.2018

Die Gemeindevertretung Holm hat in ihrer Sitzung am 20.09.2018 die Richtlinien für die Vergabe gemeindeeigener Grundstücke B-Plan 27 vom 22.03.2018 ergänzt. Folgende Vergaberichtlinien gelten mit Beschluss vom 20.09.2018:

 Die Gemeinde Holm stellt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Baugrundstücke ausschließlich zur Eigennutzung der Käuferinnen und Käufer ohne Grundbesitz zur Verfügung.

2. Rangfolge Wohngebiet

- 2.1. Für die Vergabe der Bauplätze gilt folgende Rangfolge:
 - a) Holmer Bürgerinnen und Bürger und ehemalige Holmer Bürgerinnen und Bürger, verheiratet oder in eheähnlichem Verhältnis oder ledig, mit mindestens einem zum Haushalt gehörenden Kind.
 - b) Holmer Bürgerinnen und Bürger und ehemalige Holmer Bürgerinnen und Bürger, verheiratet oder in eheähnlichem Verhältnis oder ledig.
 - c) auswärtige Bürgerinnen und Bürger

Erfüllen mehrere Bewerber die Voraussetzungen, entscheidet das Antragsdatum in der Bewerberliste.

- 2.2. Spätestens bei der Fertigstellung eines Eigenheimes auf einem von der Gemeinde erworbenen Grundstück muss von den Grundstückserwerbern ein Nachweis über den Verkauf eines eventuell vorhandenen Wohnungseigentums, Eigenheims oder Grundstücks geführt werden. Eine entsprechende Verpflichtung muss Bestandteil eines Grundstückskaufvertrages mit der Gemeinde werden. Das Amt Geest und Marsch Südholstein überwacht die Einhaltung der Verpflichtung.
- 2.3. Neubürgerinnen und Neubürger können frühestens 5 Jahre nach Zuzug in die Bewerberliste aufgenommen werden.
- 2.4. Als ehemalige Bürgerinnen und Bürger im Sinne der Ziffer 2.1 gelten nur Antragstellerinnen und Antragsteller, die mindestens 5 Jahre ihren Hauptwohnsitz in Holm hatten.
- 2.5. Bewerberinnen und Bewerber, die selbst oder deren Ehe- oder Lebenspartner/in bereits zu einem früheren Zeitpunkt ein von der

Gemeinde Holm subventioniertes Grundstück von der Gemeinde Holm erworben haben, werden in die Bewerberliste nicht mit aufgenommen.

2.6. Bewerberinnen und Bewerber, die befragt worden sind und ein angebotenes Grundstück ablehnen, sind von der Bewerberliste zu streichen.

3. Rangfolge Mischgebiet

Im Mischgebiet erhält grundsätzlich eine gewerbliche Nutzung Vorrang vor einer reinen Wohnhausbebauung. Aspekte sind z.B. Unternehmenssitz, Schaffung von Arbeitsplätzen oder Branchenart und Tätigkeit herangezogen werden.

- 4. Der Bauausschuss entscheidet darüber, welche Grundstücke als bebauungsfähig zum Verkauf anzubieten sind.
- 5. Die Gemeindevertretung entscheidet über die Vergabe der gemeindeeigenen Grundstücke nach diesen Richtlinien.
- 6. Die Vergabe der Grundstücke nach diesen Richtlinien hat folgende Auflagen, die auch Bestandteil des jeweiligen Kaufvertrages werden, zu beinhalten:
 - a) Der Kaufpreis ist in zwei Raten zu zahlen , von denen die erste Rate innerhalb von 14 Tagen nach Vertragsabschluss und die zweite Rate vor Umschreibung im Grundbuch fällig wird.
 - b) Eine Käuferin/ein Käufer ist verpflichtet, auf dem von ihr oder ihm erworbenen Grundstück spätestens zwei Jahre nach der Auflassung mit dem Bau zu beginnen und den Bau innerhalb von drei Jahren nach der Auflassung fertigzustellen (Datum der Fertigstellungsanzeige).
 - c) Eine Käuferin/ein Käufer ist verpflichtet, das von ihr oder ihm erworbene Grundstück und nach seiner Fertigstellung das darauf errichtete Gebäude auf die Dauer von zehn Jahren, gerechnet vom Tage des Einzugstermins an, selbst oder durch Ehegatten/Lebenspartner ununterbrochen zu nutzen.
 - d) Der Gemeinde Holm steht am Grundstück ein Wiederkaufsrecht mit folgendem Inhalt zu:

Das Wiederkaufsrecht kann auf die Dauer von fünf Jahren, vom Tage der Auflassung an gerechnet, ausgeübt werden, wenn die Käuferin/der Käufer ihrer/seiner Verpflichtung zur Bebauung des von ihr/ihm erworbenen Grundstücks nicht fristgerecht nachkommt oder wenn die Käuferin/der Käufer das von ihr/ihm erworbene Grundstück ganz oder teilweise vor Ablauf der Fünfjahresfrist unbebaut weiterverkauft.

Die Käuferin/ der Käufer ist verpflichtet, der Gemeinde den beabsichtigten Weiterverkauf unverzüglich anzuzeigen.

Das Wiederkaufsrecht ist durch schriftliche Erklärung gegenüber den Käufern auszuüben. Die Käuferin/ der Käufer ist verpflichtet, der Gemeinde Holm den Kaufgegenstand nach Ausübung des Wiederkaufsrechts unverzüglich zu übereignen.

Der Wiederkaufspreis ist der von der Käuferin oder dem Käufer für das von ihm erworbene Grundstück gezahlte Kaufpreis.

Etwa aufgewendete Erschließungskosten sind daneben zu erstatten, soweit sie nicht vom Kaufpreis abgedeckt waren.

Etwa auf dem Grundstück vorhandene bauliche Anlagen werden nach dem Zeitwert vergütet. Dieser ist durch Schätzung eines von der Industrie- und Handelskammer zu benennenden Sachverständigen zu bestellen. Diese Schätzung ist für beide Parteien verbindlich.

Der Wiederkaufspreis und etwa zu erstattende Kosten sind ohne Verzinsung bei Umschreibung des Grundstücks auf die Gemeinde Holm fällig.

Die Kosten des Wiederverkaufsvertrages und seiner Durchführung sowie die anfallenden Abgaben hat der Ersterwerber zu tragen.

e) Für den Fall, dass eine Käuferin/ ein Käufer ihrer/seiner Verpflichtung zur Selbstnutzung des von ihr/ihm auf dem von ihr/ihm erworbenen Grundstück errichteten Gebäudes länger als sechs Monate in ununterbrochener Folge nicht nachkommen sollte oder das von ihr/ihm erworbene Grundstück im bebauten Zustand vor Ablauf der zehn Jahre, vom Tage der Fertigstellung an gerechnet, an Dritte verkaufen sollte, ist sie/er verpflichtet, zuzüglich zum Kaufpreis einen Nachzahlungsbetrag an die Gemeinde Holm zu entrichten.

Der Nachzahlungsbetrag je Quadratmeter ermittelt sich aus dem Unterschied zwischen dem geleisteten Kaufpreis und dem zum Zeitpunkt des Weiterverkaufs vorliegenden, vom Gutachterausschuss für die Gemeinde Holm des Kreises Pinneberg ermittelten Bodenrichtwert.

Etwaige sich aus dieser Verpflichtung ergebene Zahlungsansprüche der Gemeinde Holm sind durch Eintragung einer brieflosen Grundschuld auf dem von der Käuferin oder dem Käufer erworbenen Baugrundstück zu sichern.

- f) Wenn die Bewerberin/der Bewerber Eigentümer von selbst genutztem oder vermietetem Immobilieneigentum ist, muss Ziffer 2.2 Bestandteil des Grundstückskaufvertrages werden.
- g) Für Bewerberinnen und Bewerber nach Ziffer 2.1 c) gilt ein Zuschlag von 20 €/qm.
- 7. Jede Bewerberin/jeder Bewerber erhält eine Bestätigung über die Aufnahme bzw. Nichtaufnahme in die Bewerberliste und die Zuordnung in der Rangfolge nach 2.1 a) c).
- 8. Diese Richtlinien gelten für alle von der Gemeinde zu vergebenen Bauplätze. Ein Rechtsanspruch auf einen gemeindlichen Bauplatz besteht nicht. Die Erwerbsmöglichkeit nach den gemeindlichen Richtlinien darf durch die Käuferin/den Käufer nur einmal ausgeübt werden.
- 9. Über Ausnahmen von diesen Richtlinien entscheidet die Gemeindevertretung.
- Die vorstehenden Richtlinien treten nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in kraft. Diese Richtlinien sind nur für die Vergabe der Grundstücke des B-Planes 27 der Gemeinde Holm gültig.

Holm, den 20.09.2018

Gemeinde Holm

Der Bürgermeister

Gemeinde Holm

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0713/2018/HO/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	06.02.2018
Bearbeiter:	Von Wolffersdorff	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bauausschuss der Gemeinde Holm	01.03.2018	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Holm	15.03.2018	öffentlich
Gemeindevertretung Holm	22.03.2018	öffentlich

Gemeinschaftsschule Moorrege - Bestandsanalyse mit Lösungsansätzen

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Das Büro Petersen Pörksen & Partner wurden mit der Bestandsanalyse beauftragt und hat drei Lösungsvorschläge für den Umgang mit dem Bestandsgebäude erarbeitet:

Variante 0 Minimalsanierung (nicht genehmigungsfähig aufgrund Brandschutz!)

Variante 1 Sanierungskonzept – klein; Kosten ca. 8.205.000€ Variante 2 Sanierungskonzept – groß; Kosten ca. 11.026.000€ Variante 3 (Teil-) Neubau; Kosten ca. 11.529.000€

Die Ausarbeitung wurde am 19.12.17 der Verbandsversammlung vorgestellt. Es wurde angeregt, das Thema auch in den Gremien der verbandsangehörigen Gemeinden zu beraten. Am 14.11.17 wurde der Vorentwurf bereits in einer Bürgermeisterrunde vorgestellt. Durch die Beteiligten wurde festgestellt, dass für die zukünftige Projektentwicklung eine weiterführende Bedarfsermittlung (u.a. Nachmittagsbetreuung, Lehrer-/ Arbeitszimmer, Schulkonzept) notwendig ist. Nach Aussage des Planungsbüros hat die Erfahrung gezeigt, dass mit Fertigstellung so eines Bauvorhabens, die Schülerzahlen steigen. Die Lösungsvorschläge sind als Konzepte zu werten, die im anschließenden Planungsprozess entwurflich weiter untersucht werden müssten.

Für die weitere Vorgehensweise wurde besprochen, in der ersten Sitzungsperiode 2018 eine Grundsatzentscheidung hinsichtlich (Teil-)Neubau oder Sanierung herbei zu führen.

Finanzierung:

Die Kosten wären über eine Kreditfinanzierung abzudecken. Die Umlageberechnung ist eine Momentaufnahme, deren Berechnung abhängig ist von der gemeindlichen Schülerzahl, Finanzkraft und dem dann gültigen Zinssatz.

Fördermittel durch Dritte:

-

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss/ Der Finanzausschuss empfiehlt; Die Gemeindevertretung beschließt:

Es wird grundsätzlich ein (Teil-)Neubau befürwortet.

ODER

Es wird grundsätzlich eine Sanierung befürwortet.

Bürgermeister Rißler

Anlagen:

Bestandsanalyse_PPP Vergleich Kostenvarianten





Bestandsanalyse mit Lösungsansätzen | Schulzentrum Moorrege



Geschichte

Das Büro petersen pörksen partner architekten + stadtplaner | bda wurde 1988 von Klaus Petersen und Jens Uwe Pörksen in Lübeck gegründet. Ziel war es, Städtebau Landschaftsplanung, Architektur und Gebäudetechnologie als komplexes Ganzes, interdisziplinär und integrativ zu bearbeiten. 2002 wurde die Partnerschaft durch Markus Kaupert erweitert. Seit 2004 gibt es ein Zweitbüro in Hamburg mit Andreas Christian Hühn, der 2007 vierter Partner aufgenommen wurde. 2014 wurde das Büro in Hannover eröffnet. 2016 wurde Nils Dethlefs Partner und die ppp architekten + stadtplaner gmbh gegründet.

Haltung

Gute Architektur ist keine Stilfrage sondern bedeutet für uns, am richtigen Ort das Richtige zu bauen. Unsere Konzepte entstehen aus dem Dialog mit Geschichte und Eigenart eines Ortes um in der Auseinander-setzung mit Funktion, Konstruktion, Ökologie und Ökonomie die jeweils adäquate Gestalt zu finden.

Wir verstehen unsere Architektur als Beitrag und Zweckmäßigkeit neben der der Gebäude nach ihrer unverwechselbaren Identität und menschengerechten Atmosphäre.





markus **kaupert** architekt bda

jens uwe **pörksen** architekt bda

andreas christian **hühn** architekt bda

klaus **petersen** architekt bda u. stadtplaner dasl

geschäftsführer

arbeitsfelder

Hochbau

Kindergärten Verwaltungsbauten

Alten- und Pflegeeinrichtungen

Sanierung Modernisierung

Umbauten | Umnutzungen Erweiterungsbauten

Stadtplanung Gebietsentwicklungsplanung.

Flächennutzungsplanung Bebauungsplanung

Rahmenplanung

Städtebauliche Gestaltungsplanung

Interdisziplinäre Koordination Städtebauliche Beratung Wettbewerbe

Kanalstraße 52 | 23552 Lübeck Fon 0451 - 799 68-0 | Fax - 99

Steindamm 105| 20099 Hamburg Fon 040 - 3609846-0 | Fax -99

Spartanerstraße 1 | 30519 Hannover Fon 0511 - 8069929-0 | Fax. -296

info@ppp-architekten.de www.ppp-architekten.de



gabi **kiencke** christina thiele

andrea fernandes marco sperling

jens uwe pörksen

birgit paulsen

andreas christian hühn



- seit 1988 52 Schulprojekte realisiert bzw. in Planung/Bau
- Neubauten | Erweiterungen | Sanierungen
- Grundschulen | Realschulen | Hauptschulen | Gymnasien Gesamtschulen | Gemeinschaftsschulen | Regionalschulen berufsbildende Schulen
- 6 Bundesländer
- Leistungsumfang: LP 1-9 | teilw. Generalplanung



BERLIN

Berlin-Neukölln Zürichschule, Erweiterung und Sanierung

HAMBUR Fimebütte

Eimsbüttel Grundschule Kielortallee
Jenfeld Grundschule Oppelner Straße
Wandsbek Neubau Schulmensa Bovestraße
Wandsbek Neubau Schulmensa Bandwirkerstraße
Tonndorf Neubau Schulmensa Grundschule Tonndorf

Blankenese Grundschule Iserbrook
Hamburg City-Nord H27 Neubau berufliche Schule

Hamburg Stellingen

ECKLENBURG VORPOMMERN

Herrnburg Neubau Grundschule mit Mehrzweckhalle Schönberg Umbau zur ev.-inkl. Grundschule Schwerin Neubau Ecolea Internationale Schule

NIEDERSACHSEN

Bad Bederkesa NIG Internatsgymnasium
Bad Münder Kooperative Gesamtschule

Elsfleth Berufsschule f. Schiffsmechanikerausbildung Hannover Gymnasium Goetheschule, IGS Südstadt,

Heinrich-Ernst-Stötzner-Schule Gymnasium im Schloss

Neubau Schulstandort Dresden-Pieschen

Neubau und Umbau Stadtteilschule

Wunstorf IGS Wunstorf Nienburg IGS Nienburg

Dresden

Wolfenbüttel

Leipzig Kleinzschocher

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Amrum Grundschule Öömrang Skuul
Bad Schwartau Neubau Mensa Mühlenberg Gymnasium

Brunsbüttel Neubau Regionalschule.

Fassadensanierung Gymnasium Brunsbüttel
Elmshorn Kreisberufsschule, Neubau Werkstattgebäude
Glinde Schulzentrum Aufstockung und Sanierung
Handewitt Erweiterung Gemeinschaftsschule

Neubau Grundschule

Handewitt Erweiterung Gemeinschaftsschule Kappeln Erweiterung Gemeinschaftsschule

Kiel Erweiterung Hans-Christian-Andersen Schule

Lübeck Energ. Sanierung Thomas-Mann-Gymnasium, Erweiterung Schule Tremser Teich, energ. Sanierung Hanseschule.

energ. Sanierung Paul-Gerhardt-Schule, Neubau Sporthalle

Gotthardt-Kühl Schule, Neubau Sporthalle St. Jürgen

Realschule

Mölln Neubau Gymnasium, Erweiterung des

Gymnasiums, Erweiterung und Sanierung Realschule,

Erweiterung Hauptschule, Neubau Mensa

Ratzeburg Neubau Gemeinschaftsschule, Erweiterung Ernst-Barlach-

Realschule

Schwarzenbek Sanierung und Umbau Altes Gymnasium zur

Gemeinschaftsschule

Selent Grund- und Hauptschule mit Sporthalle

Tönning Gemeinschaftsschule

Wesselburen Neue Schule

Flensburg Neubau Grundschule

Heide Neubau Berufsbildungszentrum



MACHBARKEITSSTUDIE

SCHULZENTRUM GEMEINSCHAFTSSCHULE AM HIMMELSBARG GEMEINDE MOORREGE

INHALT

1.0 GRUNDLAGENERMITTLUNG

BESTANDSAUFNAHME GEBÄUDEDATEN FOTODOKUMENTATION OBJEKTUNTERLAGEN

2.0 BEWERTUNG DES BAULICHEN UND STATISCH-KONSTRUKTIVEN ZUSTANDES MÄNGELDOKUMENTATION

FUNKTIONALITÄT
FASSADE, TRAGWERK, DÄCHER, INNENAUSBAUTEN
TECHNISCHE GEBÄUDEAUSRÜSTUNG
BRANDSCHUTZ
ALTLASTEN UND SCHADSTOFFE
SCHALL UND RAUMAKUSTIK

3.0 LÖSUNGSANSÄTZE

VARIANTEN DER FASSADENSANIERUNG VARIANTE O, MINIMALSANIERUNG UND INSTANDSÄTZUNG, KLEINERE UMBAUTEN VARIANTE 1, GEBÄUDESANIERUNGSKONZEPT-KLEIN VARIANTE 2, GEBÄUDESANIERUNGSKONZEPT-GROSS

VARIANTE 3, ERRICHTUNG EINES VERGLEICHBAREN NEUBAUS

4.0 ENERGIE UND RAUMKLIMA

5.0 KOSTENSCHÄTZUNG - GEGENÜBERSTELLUNG

6.0 BEWERTUNG UND EMPFEHLUNG



- 1. Schulgebäude Haupthaus
- 2. Schulgebäude Anbau
- 3. Mensa
- 4. Sporthalle

GEBÄUDEDATEN

Schulzentrum Moorrege Standort:

Kirchenstraße 30, 25436 Moorrege

Baujahr: 1974-1976

Architekt

H. Neumann + K. Derlich Freischaffende Architekten

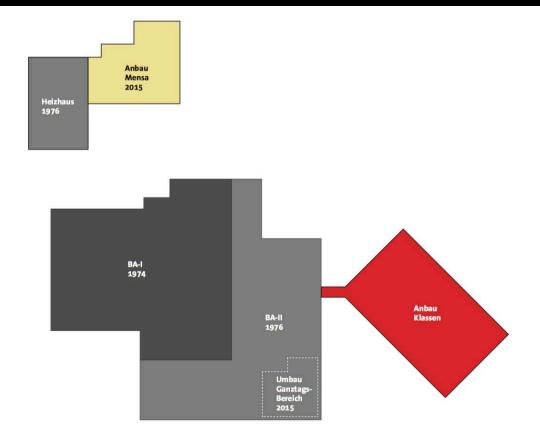
Bauherr:

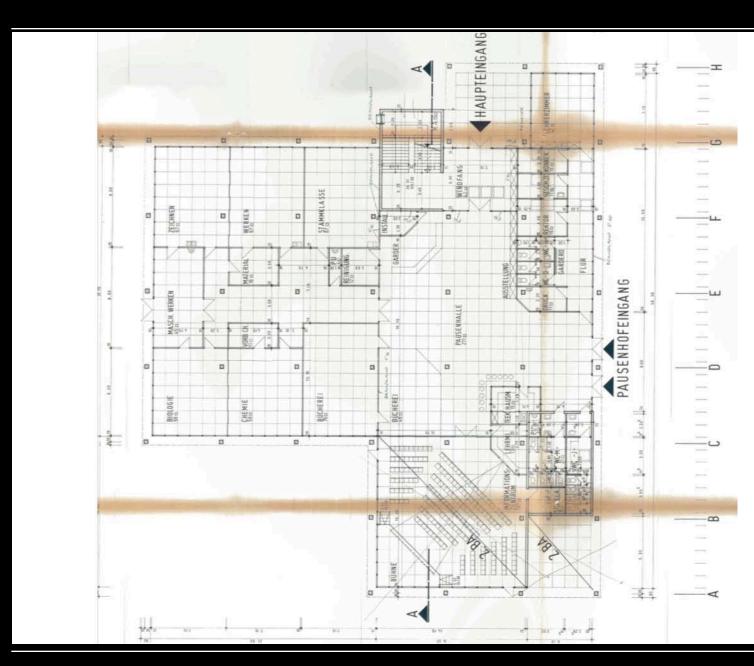
Schulverband Schulzentrum Moorrege

BGF (Haupthaus): ca. 4.410m²















NRF	1529,35	
Technische Funktionsfläche	29,77	
Verkehrsfläche gesamt	319,75	
Flur	286,19	
TRH1	12,53	
TRH2	21,03	
4.7507473	0	
Verkehrsfläche		
Nutzfläche gesamt	1179,83	
Abstell	3,7	1
Fachraum	115,57	2
Klassenraum	955,5	16
Lehrmittel	81,7	3
Nebenraum	16,3	1
Sanitär	7,06	1
1.OG Bestand Nutzungsart	m²	Anzahl Räume

Funktionale Beschreibung, Raumprogramm

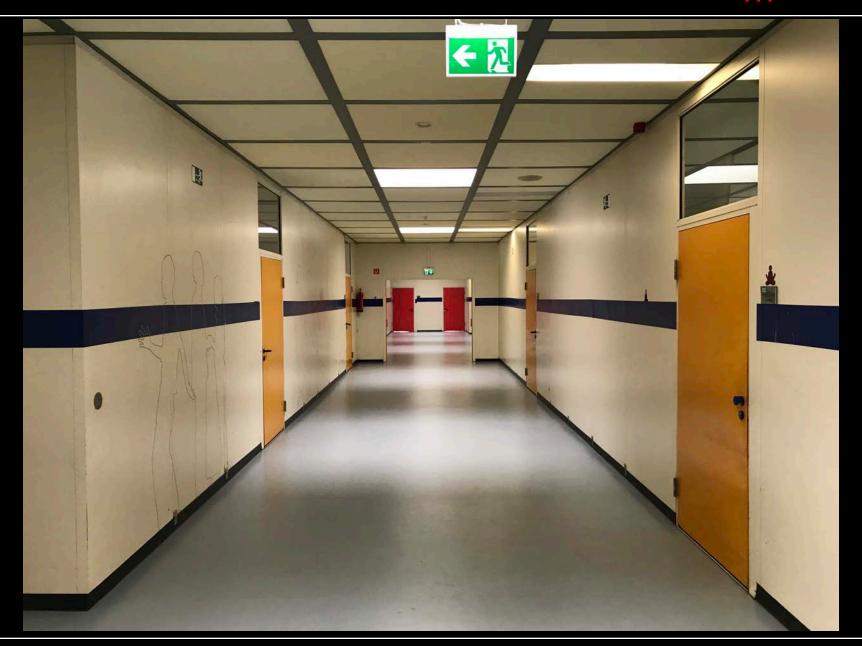
Das funktionale Schema des bestehnden Schulgebäudes weist folgende Mängel auf:

Im Laufe der Jahre vorgenommene Anpassungen und Ergänzugen führten zum Verlust der klaren Zuordnung einzelner Funktionsbereiche. Mangelhafte räumliche Qualitäten, schlechte Orientierung durch innenliegende Flure ohne Ausblick.

Tiefe Unterrichtsräume mit ungenügender Tageslichtversorgung.

Zu wenig Räume mit Tageslicht, geeignet für Unterbringung von Verwaltung.

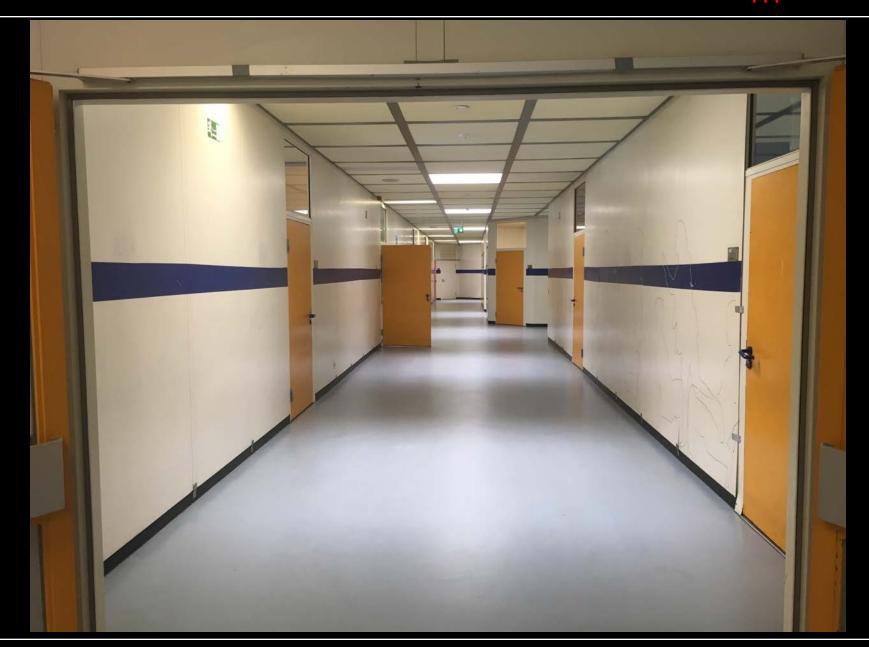
Fehlen der Gruppenräume.

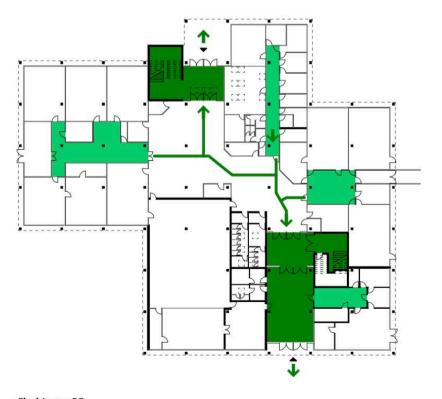


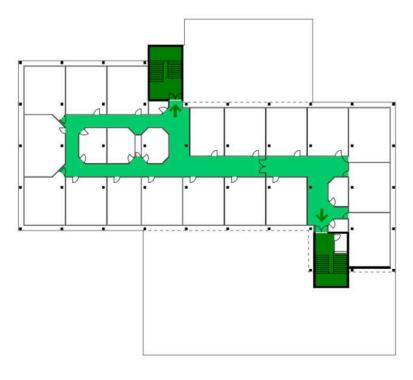




Grundlagenermittlung | Schulzentrum Moorrege







Fluchtwege EG Fluchtwege 1.0G



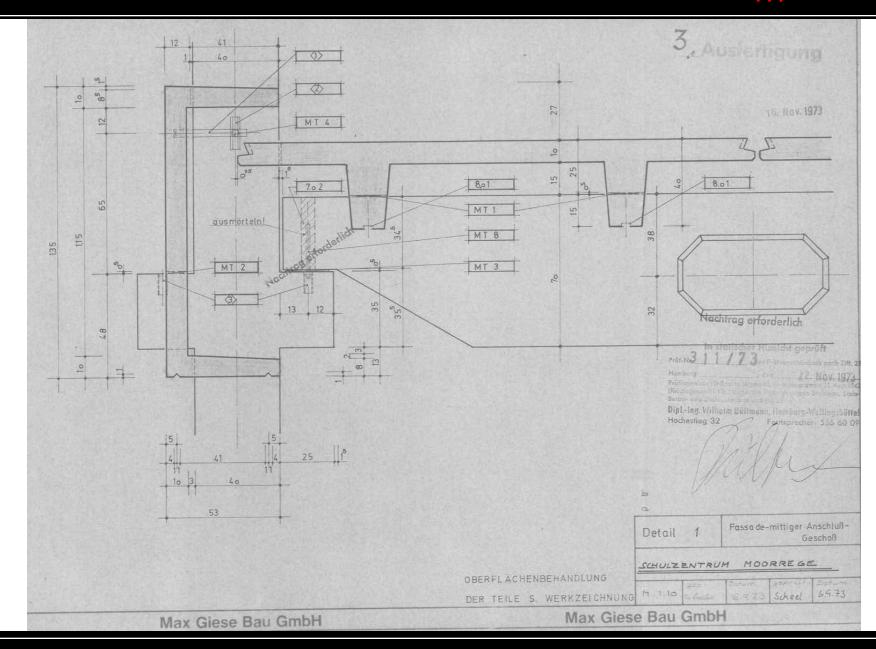














VARIANTEN DER FASSADENSANIERUNG

BESTANDSAUFNAME

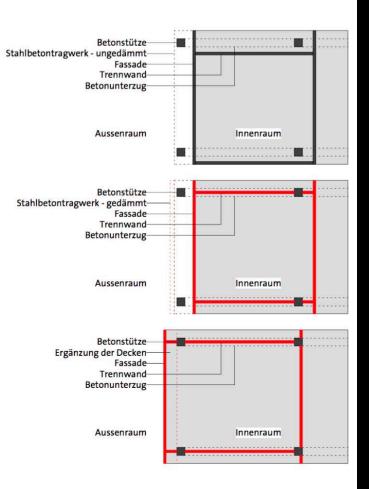
Stahlbetontragwerk - ungedämmt.
Betonkorrosion.
Fassadenelemente mit minimaler Wärmedämmung.
Verschattung durch das Stahlbetontragwerk.
Keine Wärmedämmung im Sockelbereich.
Keine Wärmedämmung der Sohle.

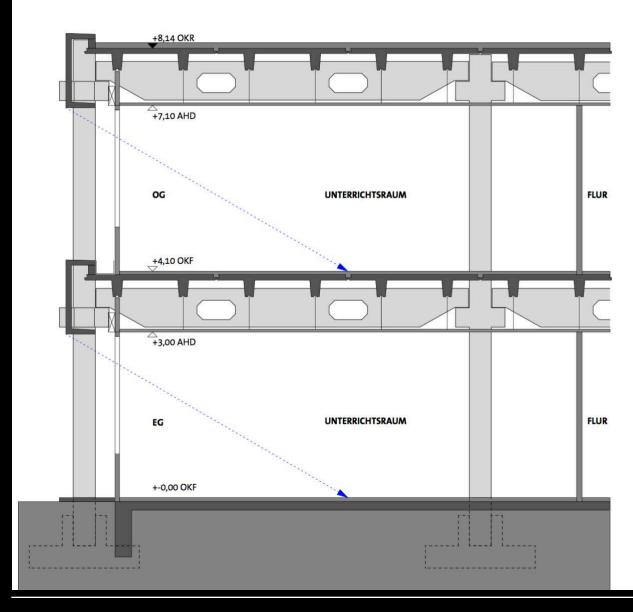
VARIANTE A

Erneuerung der Fassade an vorhandener Stelle mit Dämmung der Wärmebrücken. Guter Wärmeschutz (gem. Schulbaurichtlinie). Entschärfung fast aller Wärmebrücken. Große Oberfläche mit viel Wärmeabstrahlung. Verminderte Tageslichtnutzung durch Auskragung der tragenden Konstruktion. Sichtbare Stahlbetonstützen mit dauerhaften Instandhaltungsbedarf. Baudurchführung abschnittsweise über jeweils alle Geschosse mit längerer Nutzungsunterbrechung.

VARIANTE B

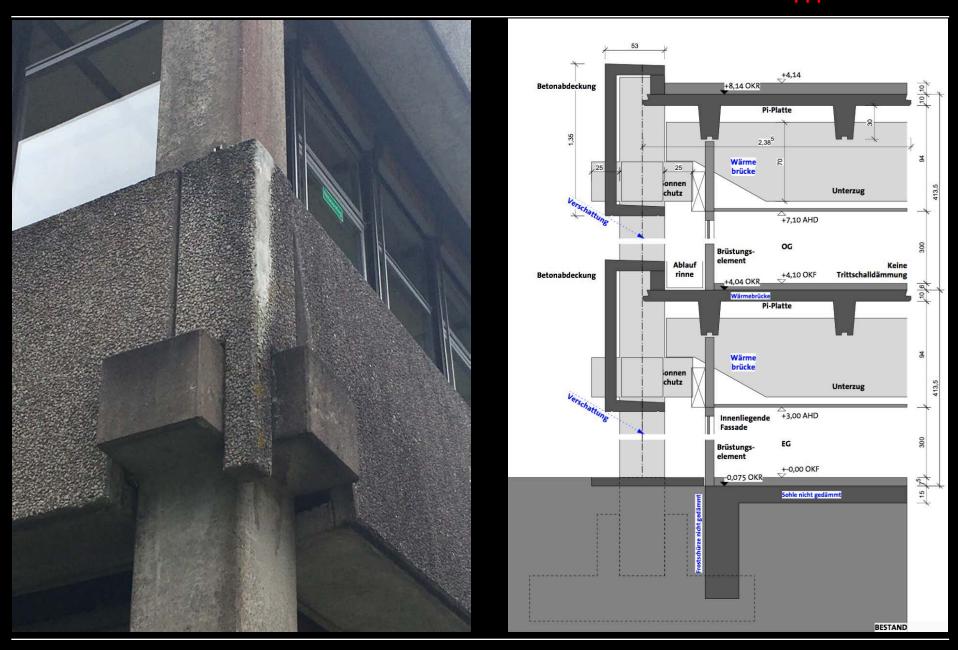
Neue Fassade vor Stahlbetontragwerk.
Sehr guter Wärmeschutz mit Beseitigung aller Wärmebrücken.
Keine erneute Bewitterung des Stahlbetontragwerks.
Verbesserte Tageslichtnutzung durch entfallende Auskragung.
Vergrößerung der Räume.
Nutzerfreundliche Baudurchführung.
Zunächst Vertigstellung der neuen Fassade, danach Abbruch der alten.



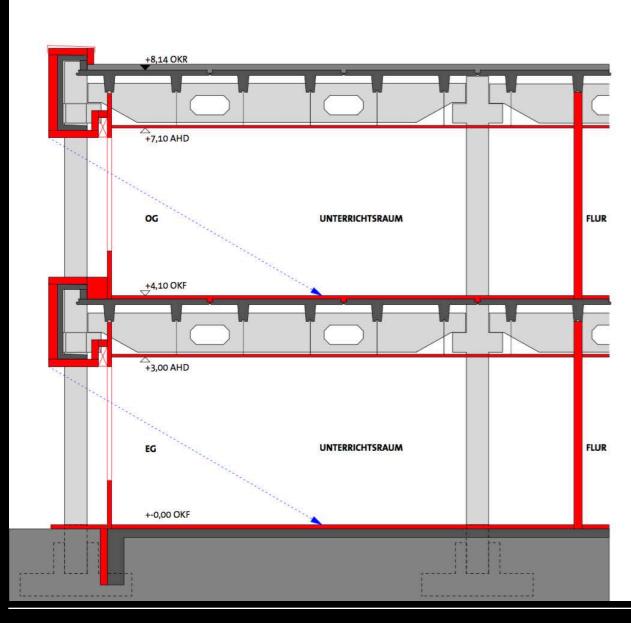


Fassade, Bestand

Durch den großen Rücksprung von Fassade zu Tragkonstruktion entstehen große Verschattungen, die sich nachteilig auf die Versorgung mit Tageslicht in den Unterrichtsräumen auswirken. Trotzdem ist der vorhandene Sonnenschutz teilweise nicht ausreichend. Die Fassade macht optisch keinen ansprechenden Eindruck. Der Sonnenschutz ist teilweise defekt und hängt vor den Fenstern herunter. Die Stahlbetonkonstruktion ist verwittert und weist in einigen Bereichen Betonnkorrosion auf. Einige U-formige Betonelemente der Fassade müßen lagegesichert werden.



Bestand Obergeschoss | Schulzentrum Moorrege

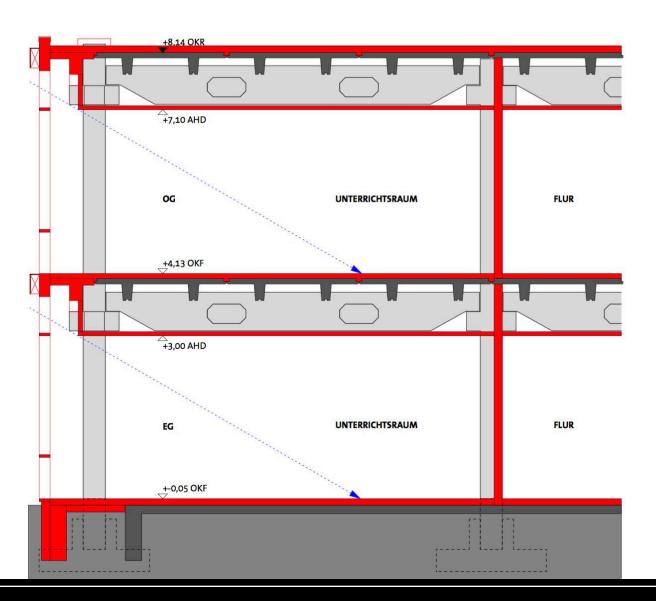


Fassade, Sanierungsvariante-A Gekoppelte Fensterelemnete mit Brüstungselementen zwischen Stahlbetondecken.

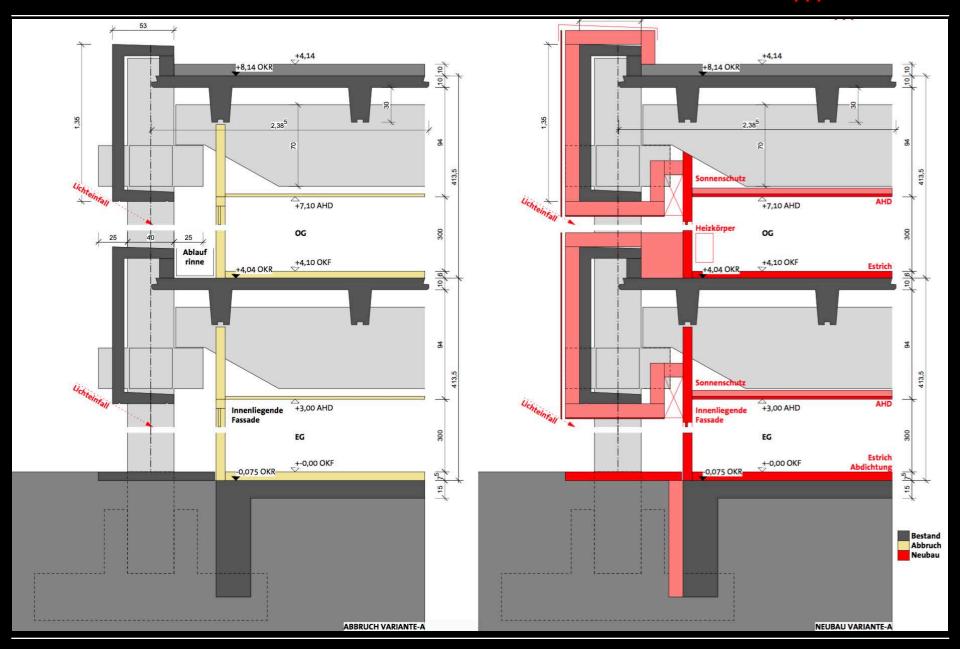
Erneuerung des Sonnenschutzes. Dämmung der U-formigen Stahlbetonfassadelemente. Vorgehängte hinterlüftete Fassade mit Fassadenplatten.

Perimeterdämmung.



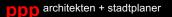


Fassade, Sanierungsvariante-B Vorgehängte Pfosten-Riegel-Fassade. Sonnenschutz. Erweiterung der Decken. Erweiterung der Sohle. Perimeterdämmung. Dämmung der Sohle.



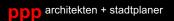


Referenz Sanierung Gymnasium Brunsbüttel | Schulzentrum Moorrege





Referenz Sanierung Gymnasium Brunsbüttel | Schulzentrum Moorrege





Referenz Sanierung Gymnasium Brunsbüttel | Schulzentrum Moorrege





Referenz Sanierung Schulzentrum Glinde | Schulzentrum Moorrege









Referenz Sanierung Schulzentrum Glinde | Schulzentrum Moorrege

Gemeinschaftsschule allgemeine Lern- und Unterrichtsräume

5. Jhg.	Klasse 5a 60		Klasse 5d 60

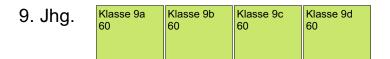
6. Jhg.	Klasse 6a 60	Klasse 6c 60

Gemeinschaftsschule allgemeine Lern- und Unterrichtsräume

5. Jhg.	Klasse 5a 60		Klasse 5d 60

6. Jhg.	Klasse 6a	Klasse 6b	Klasse 6c
	60	60	60

8. Jhg.	Klasse 8a 60	Klasse 8b 60	 Klasse 8d 60



10. Jhg.	Klasse 10a	Klasse 10b	Klasse 10c
	60	60	60

Gruppe	Diff.	Diff.	Diff.	Diff.
	24	24	24	24

Diff.	Diff.	Diff.	Diff.
24	24	24	24

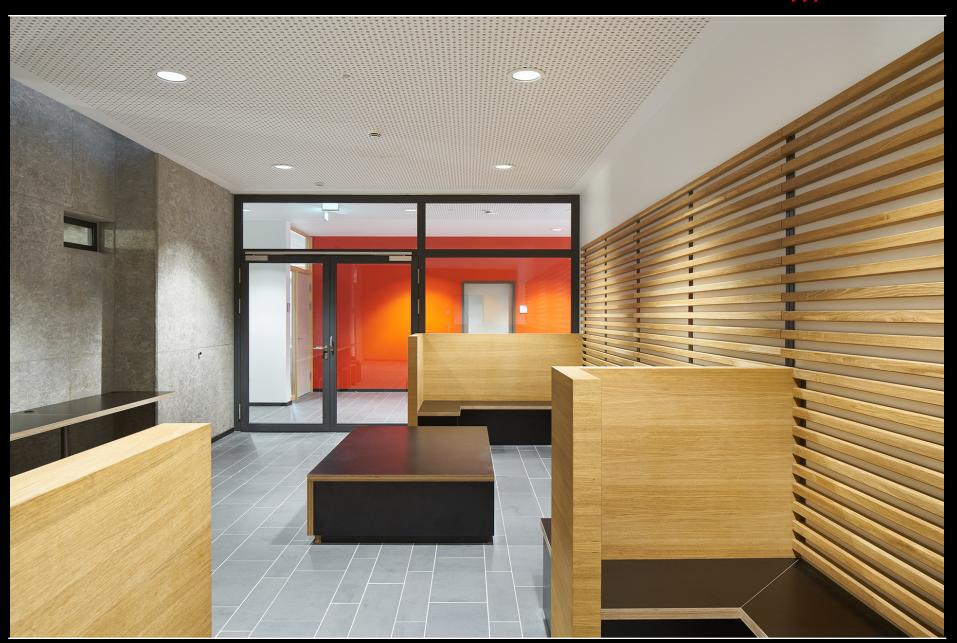
Lernorte offene Lernorte 50

offene Lernorte 50

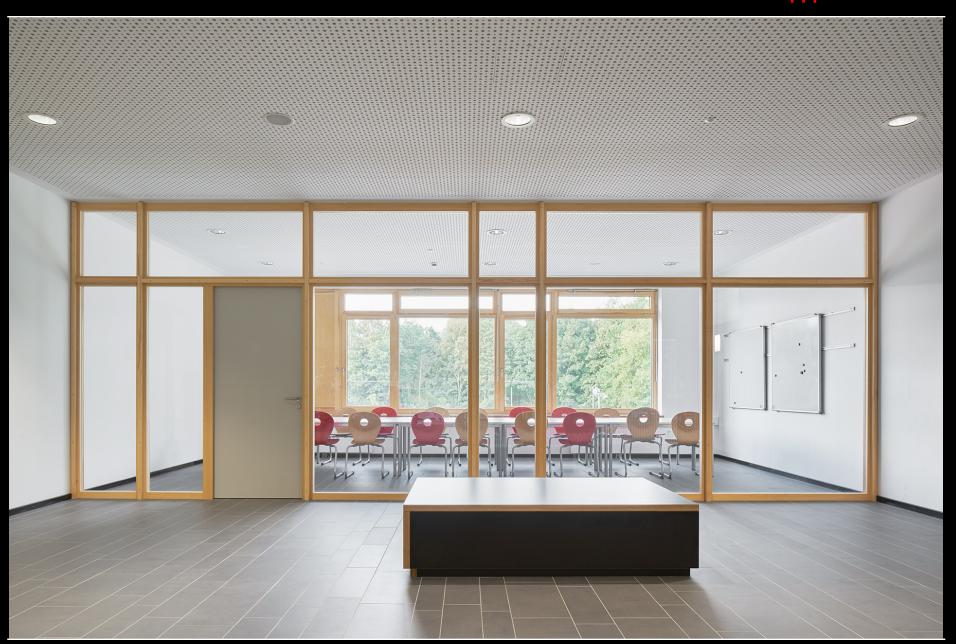
















Referenzprojekt Schule Ecoléa Schwerin



VARIANTE O MINIMALSANIERUNG UND INSTANDSETZUNG

GEPLANTE MASSNAHMEN

Fassadensanierung - Variante A

Erneuerung der Fassade an vorhandener Stelle mit Dämmung der Wärmebrücken.

Bauvolumen

Keine Veränderung des Bauvolumens, kein Aufzug.

Kein Entkernen - begrenzte Maßnahmen

Demontage und Ersatz der Abhangdecken in den Fluren. Einbau von Rauchschutztüren. Haustechnik

Keine Erneuerung der Haustechnikanlagen.

Brandschutz

Einhalten der erforderlichen Maßnahmen aus dem vorliegenden Brandschutzkonzept.

Schadstoffsanierung

Keine umfassende Schadstoffsanierung.

Raumprogramm

Das Raumprogramm wird teilweise erfüllt. Das bestehnde Funktionsschema wird beibehalten.

Baukosten

2.872.894,66€

Bauzeit

ca. 1 Jahr

Bauabschnitte

Arbeiten in Abschnitten je 3 Klassenräume.

BEWERTUNG

- 1. Funktionalität, Zuordnung der Funktionsbereiche
- Orientierung im Gebäude
- 3. Erfüllen des Raumprogramms
- 4. Tageslichversorgung der Unterrichtsräume
- 5. Tageslichversorgung der Pausenräume
- 6. Tageslichversorgung der Verwaltungsräume
- 7. Barrierefreiheit
- 8. Gestaltung
- 9. Wärmedämmung der Fassade
- 10. Tragwerk
- 11. Dächer
- 12. Innenausbauten
- 13. Technische Gebäudeausrüstung
- 14. Brandschutz, Klarheit der Fluchtwege
- 15. Altlasten und Schadstoffe
- 16. Schall und Raumakustik
- 17. Energie und Raumklima
- 18. Nachhaltigkeit
- 19. Auswirkungen auf Schulbetrieb
- 20. Baukosten
- 21. Bauzeit

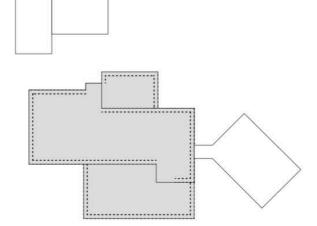
keine Verbesserung, nicht ausreichend keine Verbesserung, nicht ausreichend nicht erfüllt - keine Gruppenräume keine Verbesserung, nicht ausreichend keine Verbesserung, schlecht keine Verbesserung, nicht ausreichend kein Aufzug

keine Verbesserung ein guter Standard wird erreicht keine Veränderung, ausreichend keine Veränderung, ausreichend keine Verbesserung, nicht ausreichend keine Verbesserung, nicht ausreichend keine Verbesserung, ausreichend keine Verbesserung, nicht ausreichend

keine Verbesserung, nicht ausreichend ein guter Standard wird erreicht Bausubstanz wird erhalten

geringfügige Beeinträchtigungen im Vergleich niedrich

gering



FAZIT

Erhalt der bestehnden Raumstruktur

Das Brandschutzkonzept sihet, abgesehen von einigen erforderlichen Maßnahmen, die weitere sichere Nutzung im bestehnden Zustand als gegeben. Im Zuge der Fassadensanierung erforderliche Baugenehmigung kann allerdings zu Auflagen im Bereich des Brandschutzes führen. Diese Auflagen können vor allem Trennwände welche Fluchtwege bilden betreffen und zur Demontage und Neubau von meisten leichten Trennwänden führen.

Ausserdem kann die Erneuerung der haustechnischen Anlagen erforderlich werden. Dies würde umfangreiche Demontagemaßnahmen im Gebäudeinnerem notwendig machen.

Der Erhalt der bestehnden Raumstruktur, der Trennwände, Estriche und Abhangdecken ist aus unserer Sicht nur in Abstimmung mit der Bauordnung und dem Erhalt des Bestandschutzes für das Gebäude möglich.

DIESE VARIANTE SCHEIDET AUS.





1.OG Bestand		
Nutzungsart	m²	Anzahl Räume
Sanitär	7,06	1
Nebenraum	16,3	1
Lehrmittel	81,7	3
Klassenraum	955,5	16
Fachraum	115,57	2
Abstell	3,7	1
Nutzfläche gesamt	1179,83	
Verkehrsfläche		
	0	
TRH2	21,03	
TRH1	12,53	
Flur	286,19	
Verkehrsfläche gesamt	319,75	
Technische Funktionsfl	äche 29,77	
NRF	1529,35	

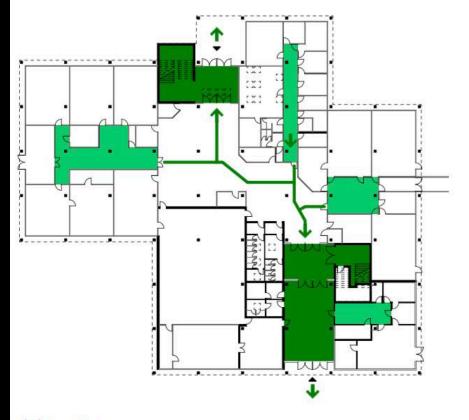
Funktionale Beschreibung, Raumprogramm Das funktionale Schema des bestehnden Schulgebäudes weist folgende Mängel auf:

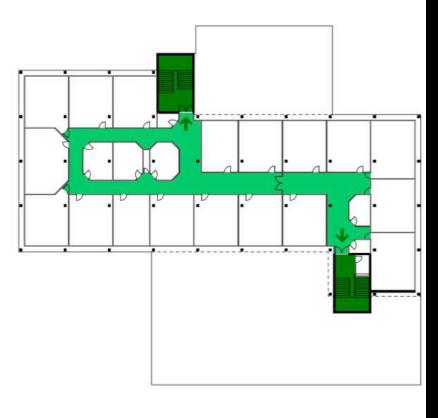
Im Laufe der Jahre vorgenommene Anpassungen und Ergänzugen führten zum Verlust der klaren Zuordnung einzelner Funktionsbereiche. Mangelhafte räumliche Qualitäten, schlechte Orientierung durch innenliegende Flure ohne Ausblick.

Tiefe Unterrichtsräume mit ungenügender Tageslichtversorgung.

Zu wenig Räume mit Tageslicht, geeignet für Unterbringung von Verwaltung.

Fehlen der Gruppenräume.





Fluchtwege EG Fluchtwege 1.0G

VARIANTE 1 SANIERUNGSKONZEPT-KLEIN

GEPLANTE MASSNAHMEN

Fassadensanierung - Variante A

Erneuerung der Fassade an vorhandener Stelle mit Dämmung der Wärmebrücken.

Bauvolumen

Keine Veränderung des Bauvolumens, Aufzug als Anbau von aussen.

Entkernen

Demontage und Ersatz aller bestehnden Trennwände, Abhangdecken, Estriche. Haustechnik

Erneuerung der Haustechnikanlagen.

Brandschutz

Erstellen eines Brandschutzkonzeptes. Einhalten geltender Vorschriften.

Schadstoffsanierung

Umfassende Schadstoffsanierung.

Raumprogramm

Das Raumprogramm wird nur nach Möglichkeit erfüllt. Z.B. - keine Gruppenräume

sind möglich. Baukosten

6.236.172,13€

Bauzeit ca. 3 Jahre

Bauabschnitte

Drei bis vier Bauabschnitte

BEWERTUNG

1. Funktionalität, Zuordnung der Funktionsbereiche

2. Orientierung im Gebäude

3. Erfüllen des Raumprogramms

4. Tageslichversorgung der Unterrichtsräume Tageslichversorgung der Pausenräume

Tageslichversorgung der Verwaltungsräume

Barrierefreiheit

8. Gestaltung

9. Wärmedämmung der Fassade

10. Tragwerk 11. Dächer

12. Innenausbauten

13. Technische Gebäudeausrüstung

14. Brandschutz, Klarheit der Fluchtwege

15. Altlasten und Schadstoffe

16. Schall und Raumakustik

17. Energie und Raumklima

18. Nachhaltigkeit

19. Auswirkungen auf Schulbetrieb

20. Baukosten

21. Bauzeit

ausreichend ausreichend

nicht erfüllt - keine Gruppenräume

gut

ausreichend ausreichend

wird für das ganze Gebäude erreicht

ausreichend

ein guter Standard wird erreicht

keine Veränderung, ausreichend

keine Veränderung, ausreichend

gut

gut

ausreichend keine Schadstoffe

sehr gut

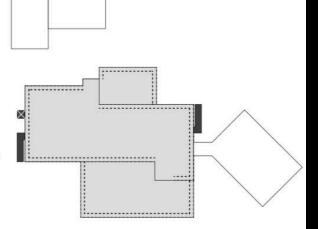
ein guter Standard wird erreicht

Bausubstanz wird erhalten

Beeinträchtigung - Arbeiten in Abschnitten

im Vergleich mittel

Verlängerung wegen Arbeiten in Bauabschnitten



FAZIT

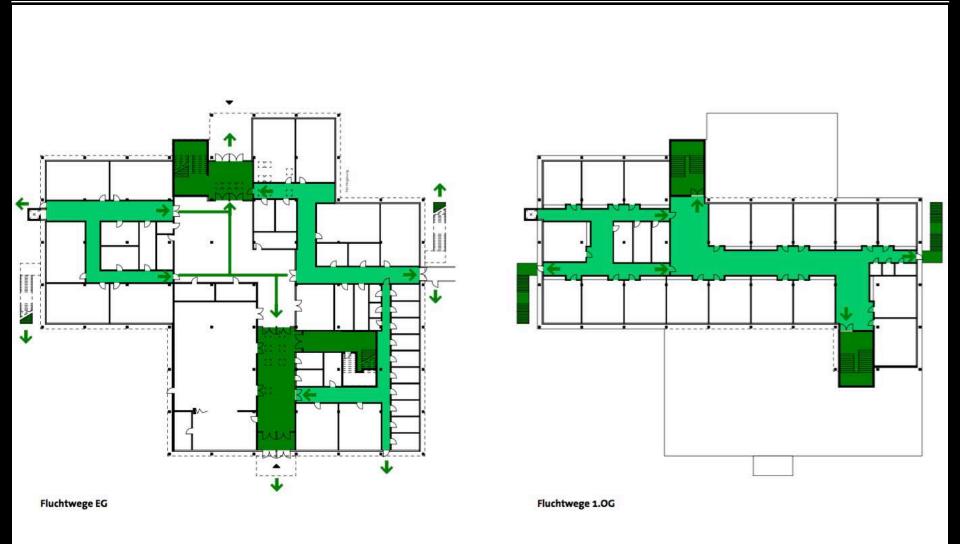
Ein guter Sanierungsstandard.

Allerdings wird nur eine mittelmäßige räumliche Qualität, welche nicht im Verhältnis zum finanziellen Aufwand steht erreicht.

DIESE VARIANTE KANN NICHT EMPFOHLEN WERDEN.

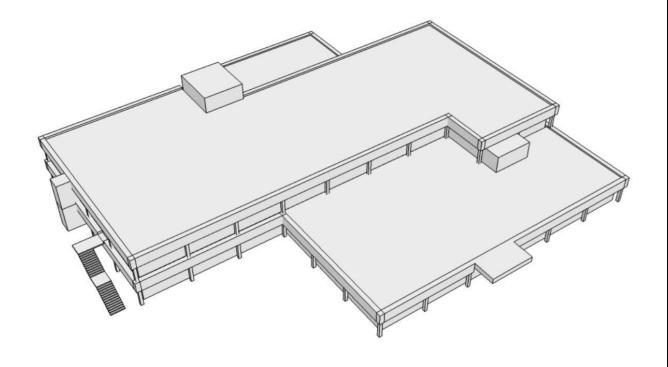












VARIANTE 2 SANIERUNGSKONZEPT-GROSS

GEPLANTE MASSNAHMEN

Fassadensanierung - Variante B

Neue Fassade vor Stahlbetontragwerk.

Bauvolumen

Vergrößerung des Bauvolumens durch einen Anbau. "Ausschneiden" der Lichthöfe aus dem Volumen. Aufzug im Gebäudeinneren.

Entkernen

Demontage und Ersatz aller bestehnden

Trennwände, Abhangdecken, Estriche.

Haustechnik

Erneuerung der Haustechnikanlagen. Brandschutz

Erstellen eines Brandschutzkonzeptes.

Einhalten geltender Vorschriften.

Schadstoffsanierung

Umfassende schadstoffsanierung.

Raumprogramm

Das Raumprogramm wird entsprechend den

Vorgaben erfüllt.

Baukosten

9.451.473,76€

Bauzeit

ca. 3 Jahre Bauabschnitte

Drei bis vier Bauabschnitte

FAZIT

Ein guter Sanierungsstandard. Eine gute räumliche Qualität.

DIESE VARIANTE KANN EMPFOHLEN WERDEN.

BEWERTUNG

2. Orientierung im Gebäude

3. Erfüllen des Raumprogramms

4. Tageslichversorgung der Unterrichtsräume

Tageslichversorgung der Pausenräume

Tageslichversorgung der Verwaltungsräume

7. Barrierefreiheit

8. Gestaltung

10. Tragwerk

11. Dächer

12. Innenausbauten

13. Technische Gebäudeausrüstung

15. Altlasten und Schadstoffe

19. Auswirkungen auf Schulbetrieb

20. Baukosten

21. Bauzeit

1. Funktionalität, Zuordnung der Funktionsbereiche gut gut

wird erfüllt gut

gut wird für das ganze Gebäude erreicht

gut

gut

gut

gut

gut

sehr gut

9. Wärmedämmung der Fassade

14. Brandschutz, Klarheit der Fluchtwege

16. Schall und Raumakustik

17. Energie und Raumklima

18. Nachhaltigkeit

Beeinträchtigung - Arbeiten in Abschnitten im Vergleich hoch

keine Schadstoffe

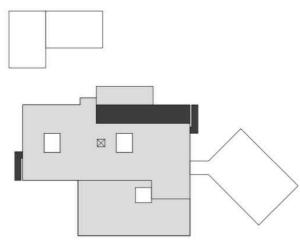
wird Verändert

ein guter Standard wird erreicht

ein guter Standard wird erreicht

Bausubstanz wird erhalten

Verlängerung wegen Arbeiten in Bauabschnitten









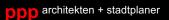






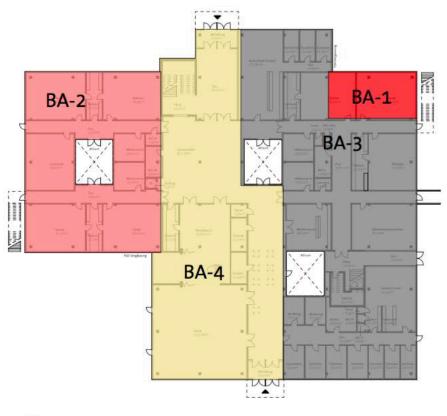








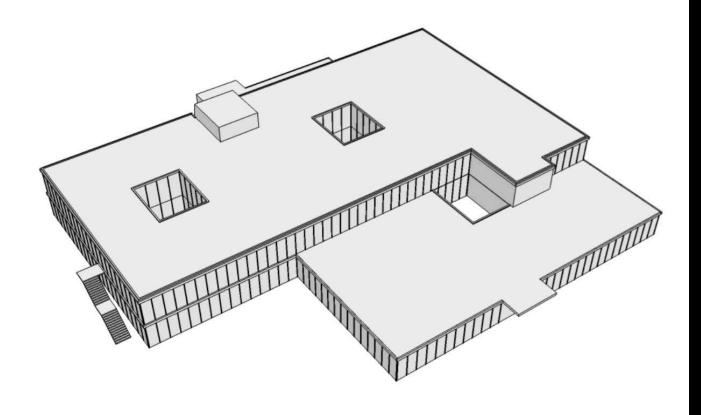






EG 1.0G





VARIANTE 3 NEUBAU

GEPLANTE MASSNAHMEN

Die Variante 3 sihet Abriss und Neubau des Schulgebäudes.

Baukosten

11.529.290,57€

Bauzeit ca. 2 Jahre

Bauabschnitte

Der Neubau kann neben dem bestehenden Schullgebäude errichtet werden und dessen Abriss kann nach Vertigstellung erfolgen. Die Unterbrechung des Schulbetriebs wird nicht erforderlich.

BEWERTUNG

1. Funktionalität, Zuordnung der Funktionsbereiche sehr gut, Klassenhäuser

2. Orientierung im Gebäude

3. Erfüllen des Raumprogramms

4. Tageslichversorgung der Unterrichtsräume

5. Tageslichversorgung der Pausenräume

Tageslichversorgung der Verwaltungsräume

Barrierefreiheit

Gestaltung

9. Wärmedämmung der Fassade

10. Tragwerk

11. Dächer 12. Innenausbauten

13. Technische Gebäudeausrüstung

14. Brandschutz, Klarheit der Fluchtwege

15. Altlasten und Schadstoffe

16. Schall und Raumakustik

17. Energie und Raumklima

18. Nachhaltigkeit

19. Auswirkungen auf Schulbetrieb

20. Baukosten

21. Bauzeit

sehr gut wird erfüllt

sehr gut sehr gut

sehr gut

sehr gut

sehr gut sehr gut

sehr gut sehr gut

sehr gut sehr gut

sehr gut, Aufteilen in Nutzungseinheiten

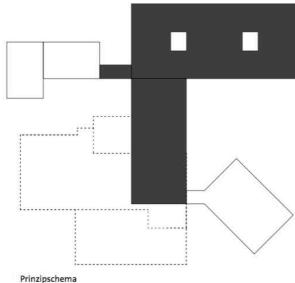
keine Schadstoffe sehr gut

sehr gut

Verlust der bestehnden Bausubstanz

keine Beeinträchtigung im Vergleich sehr hoch

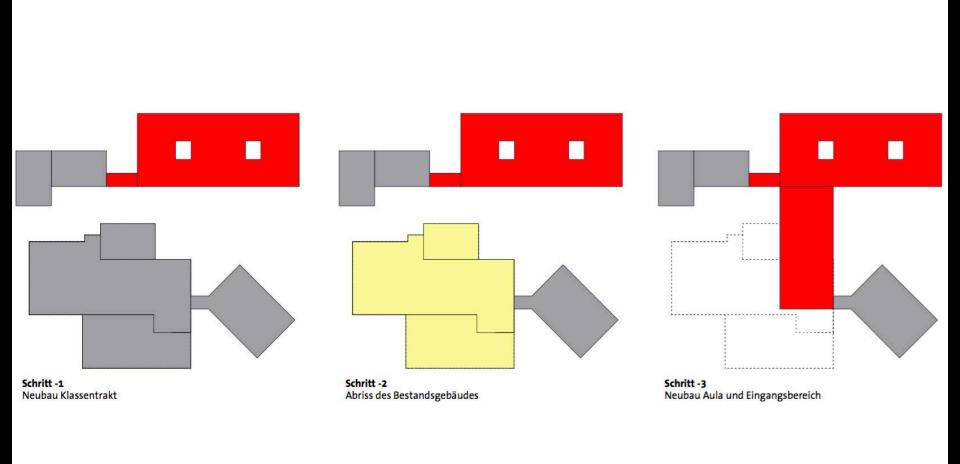
keine Verzögerung im Bauablauf



FAZIT

Eine sehr gute räumliche und technische Qualität.

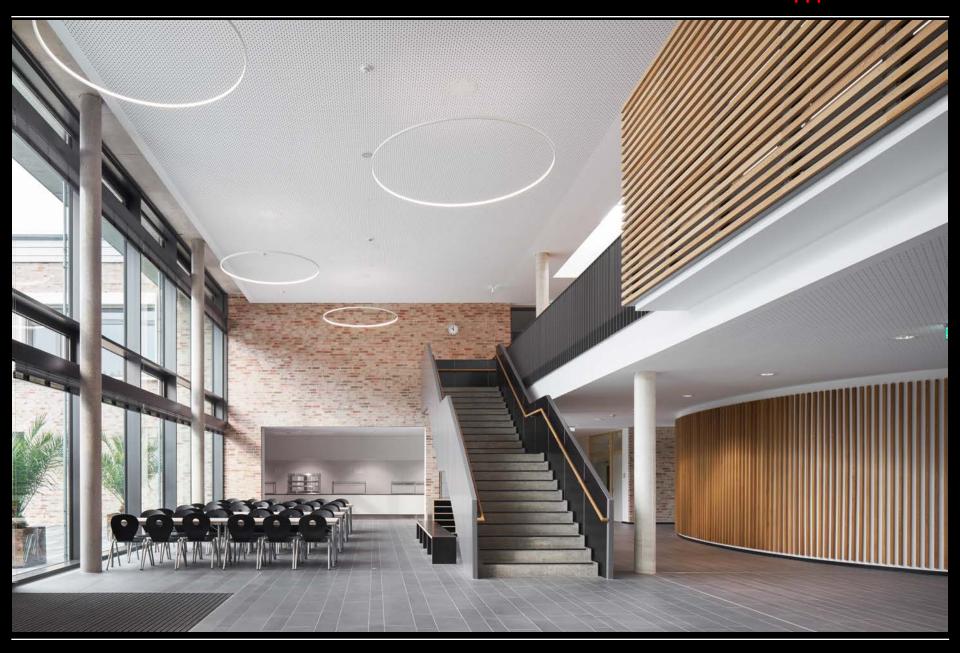
DIESE VARIANTE KANN EMPFOHLEN WERDEN.

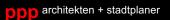


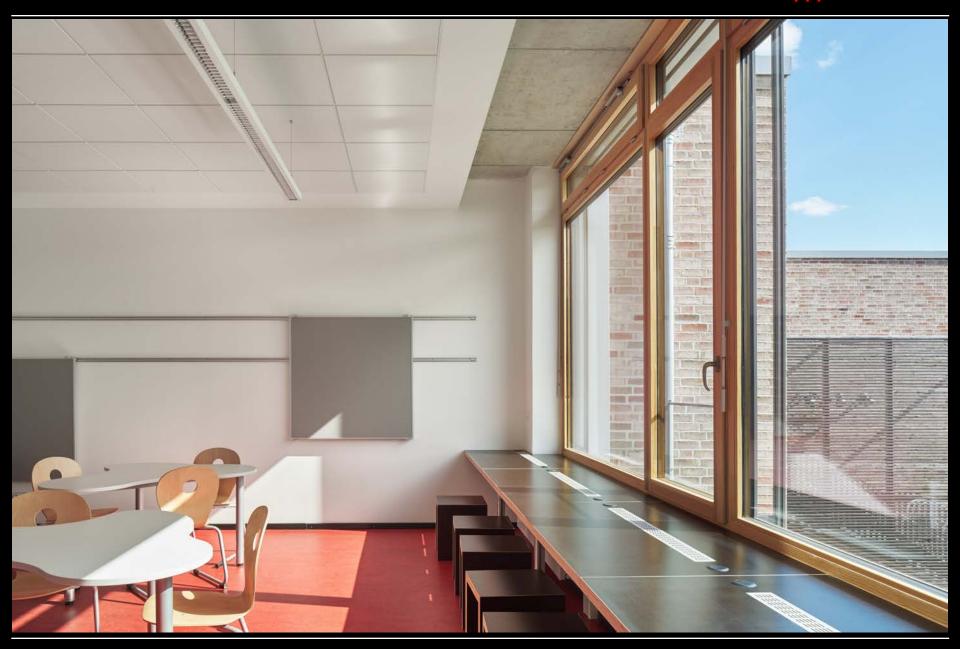


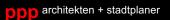


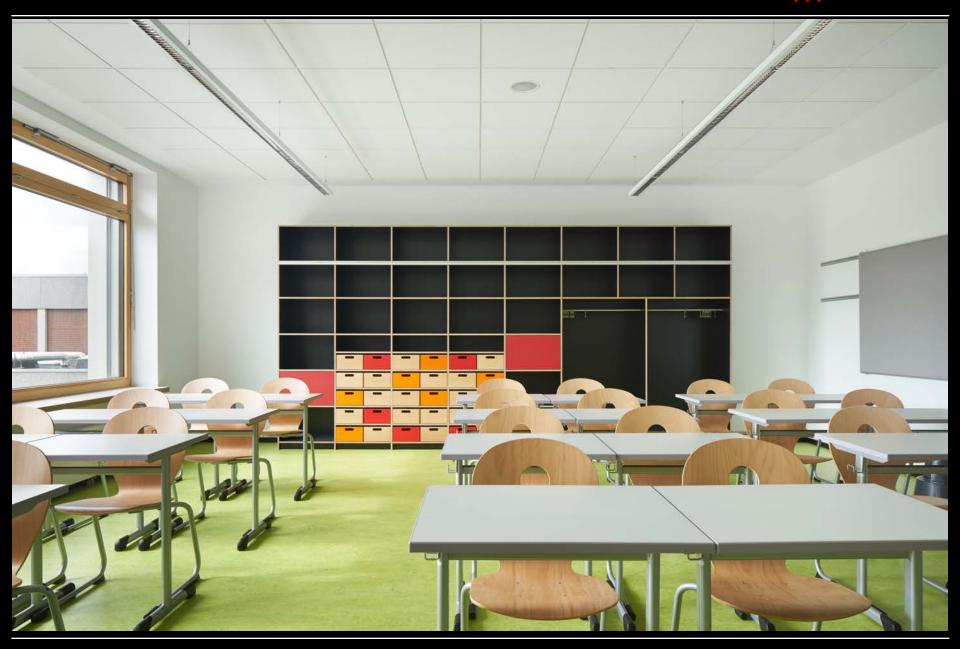
Referenz IGS Nienburg | Schulzentrum Moorrege





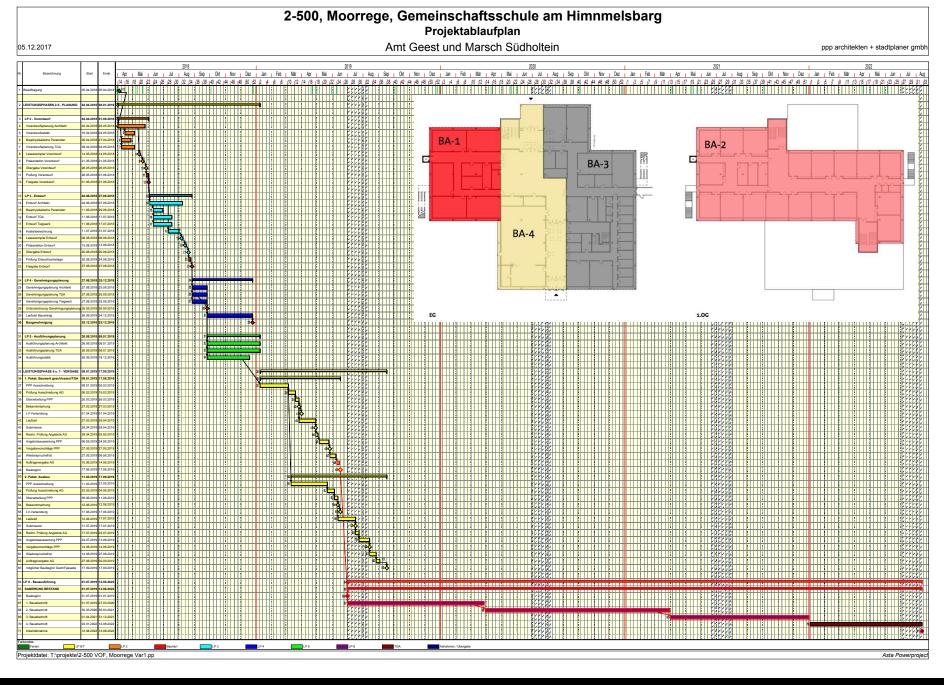






KG	Fassade Variante A	Grundriss Variante 0	Summe		
200	- €	- €	- €		
300	1.766.318,79 €	116.674,38€	1.882.993,17€		
400	- €	305.878,95€	305.878,95€		
300 + 400	1.766.318,79€	422.553,33 €	2.188.872,12 €		
Gesamt	1.766.318,79 €	422.553,33 €	2.188.872,12 €		
Anteil Nebenkosten	25%	25%			
700	441.579,70€	105.638,33€	547.218,03€		
Gesamt KG 200-400, 700	2.207.898,49 €	528.191,66 €	2.736.090,15€		
	geschätzte Gesamtkosten 2019 [+5%] 2.872.894,60				

KG	Fassade Variante A	Grundriss Variante 1	Summe	
200	- €	- €	- €	
300	1.766.318,79 €	1.647.249,93 €	3.413.568,72 €	
400	- €	1.337.800,52 €	1.337.800,52 €	
300 + 400	1.766.318,79 €	2.985.050,45 €	4.751.369,24 €	
Gesamt	1.766.318,79 €	2.985.050,45 €	4.751.369,24 €	
Anteil Nebenkosten	25%	25%		
700	441.579,70 €	746.262,61 €	1.187.842,31 €	
Gesamt KG 200-400, 700	2.207.898,49 €	3.731.313,06 €	5.939.211,55€	
geschätzte Gesamtkosten 2019 [+5%] 6.236.172,13				



0 20 Õ 20 D.

Kosten Variante-1 (Fassade Variante-A)

KG	Fassade Variante A	Grundriss Variante 1	Summe	
200	- €	- €	- €	
300	1.766.318,79 €	1.647.249,93 €	3.413.568,72 €	
400	- €	1.337.800,52 €	1.337.800,52 €	
300 + 400	1.766.318,79 €	2.985.050,45 €	4.751.369,24 €	
Gesamt	1.766.318,79 €	2.985.050,45 €	4.751.369,24 €	
Anteil Nebenkosten	25%	25%		
700	441.579,70 €	746.262,61 €	1.187.842,31	
Gesamt KG 200-400, 700	2.207.898,49 €	3.731.313,06 €	5.939.211,55	

Interimskosten Containerstellung:

geschätzte Gesamtkosten 2019 [+5%]

4 Bauabschnitte

 Miete 30 Monate
 825.000 €

 Montagekosten
 975.000 €

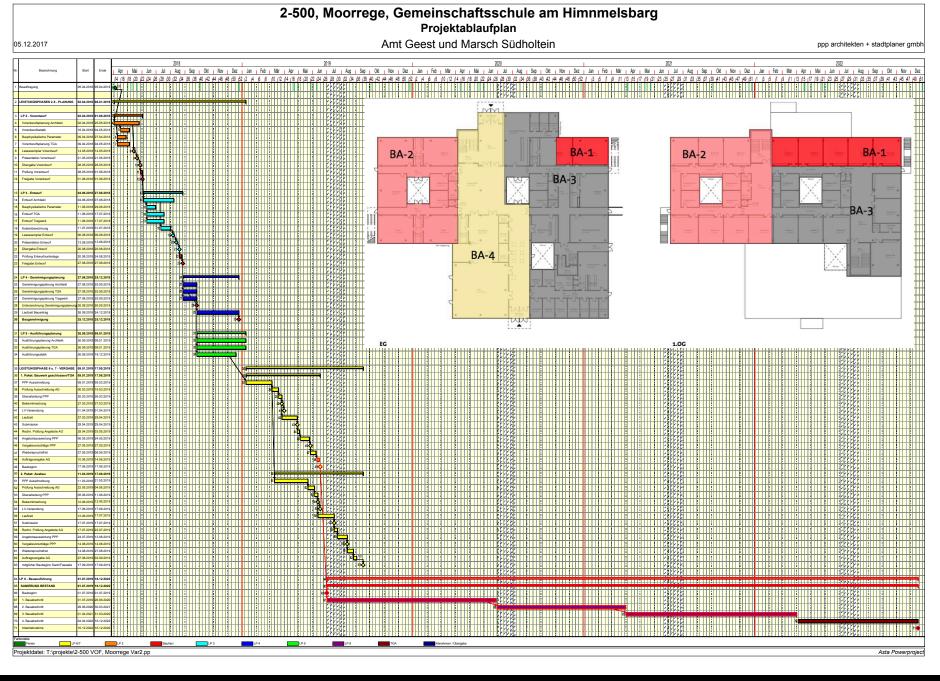
 Herrichten, Gründung
 75.000 €

1.875.000 €

6.236.172,13 €

Gesamt 8.100.000 €

KG	Fassade Variante B	Grundriss Variante 2	Summe		
200	- €	- €	- €		
300	1.828.163,80 €	3.741.604,66 €	5.569.768,46 €		
400	- €	1.631.354,40€	1.631.354,40 €		
300 + 400	1.828.163,80€	5.372.959,06 €	7.201.122,86€		
Gesamt	1.828.163,80 €	5.372.959,06 €	7.201.122,86 €		
Anteil Nebenkosten	25%	25%			
700	457.040,95 €	1.343.239,77€	1.800.280,72€		
Gesamt KG 200-400, 700	2.285.204,75€	6.716.198,83 €	9.001.403,58 €		
	geschätzte Gesamtkosten 2019 [+5%] 9.451.473,70				



0 20 Õ ã õ D.

Kosten Variante-2 (Fassade Variante-B)

KG	Fassade Variante B	Grundriss Variante 2	Summe	
200	- €	- €	- (
300	1.828.163,80 €	3.741.604,66 €	5.569.768,46 €	
400	- €	1.631.354,40 €	1.631.354,40	
300 + 400	1.828.163,80 €	5.372.959,06 €	7.201.122,86	
Gesamt	1.828.163,80 €	5.372.959,06 €	7.201.122,86	
Anteil Nebenkosten	25%	25%		
700	457.040,95 €	1.343.239,77 €	1.800.280,72	
Gesamt KG 200-400, 700	2.285.204,75 €	6.716.198,83 €	9.001.403,58	
		amtkosten 2019 [+5%]	9.451.473,76	

Interimskosten Containerstellung:

4 Bauabschnitte

Miete 24 Monate 660.000 €

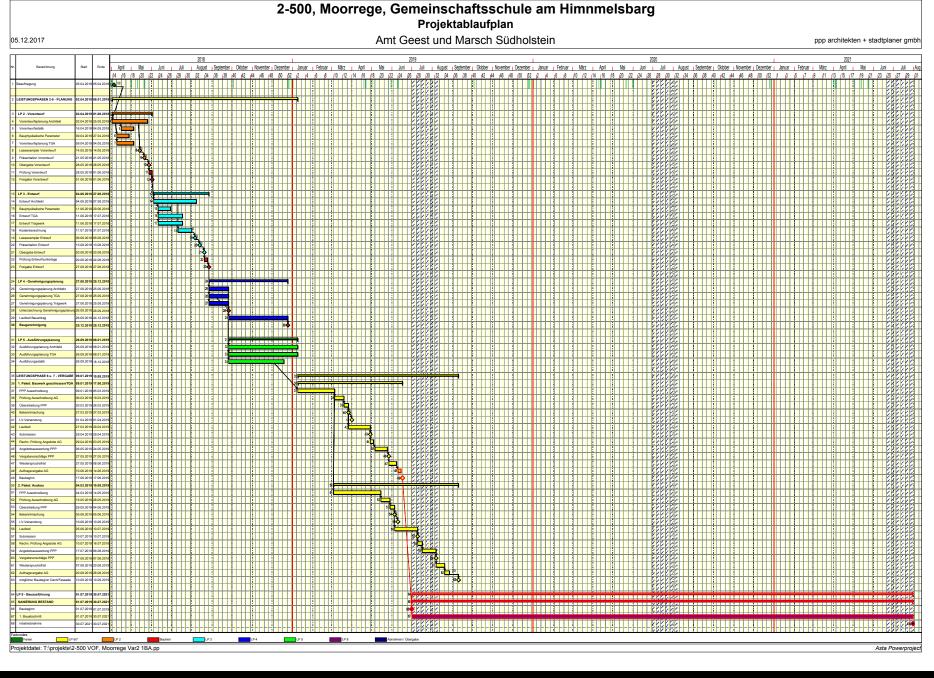
Montagekosten 780.000 €

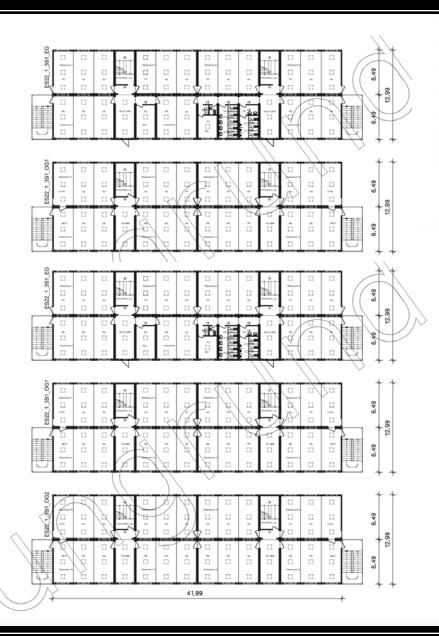
Herrichten, Gründung 60.000 €

1.500.000 €

44 000 000 6

Gesamt 11.000.000 €





Kosten Variante-2 (Fassade Variante-B)

KG	Fassade Variante B	Grundriss Variante 2	Summe	
200	- €	- €	- €	
300	1.828.163,80 €	3.741.604,66 €	5.569.768,46 €	
400	- €	1.631.354,40 €	1.631.354,40 €	
300 + 400	1.828.163,80 €	5.372.959,06 €	7.201.122,86 €	
Gesamt	1.828.163,80 €	5.372.959,06 €	7.201.122,86 €	
Anteil Nebenkosten	25%	25%		
700	457.040,95 €	1.343.239,77 €	1.800.280,72	
Gesamt KG 200-400, 700	2.285.204,75 €	6.716.198,83 €	9.001.403,58	
		amtkosten 2019 [+5%]	9.451.473,76	

Interimskosten Containerstellung:

1 Bauabschnitt

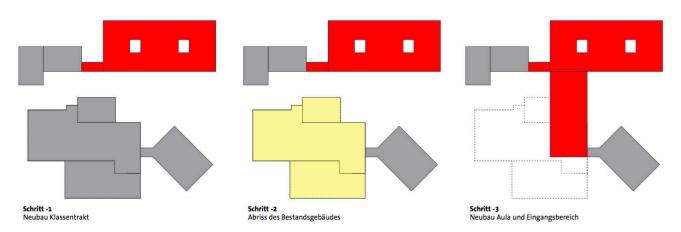
Miete 25 Monate 1.140.000 €

Montagekosten 1.300.000 €

Herrichten, Gründung 100.000 €

2.540.000 €

Gesamt 12.000.000 €



Flächenansatz Variante 3:

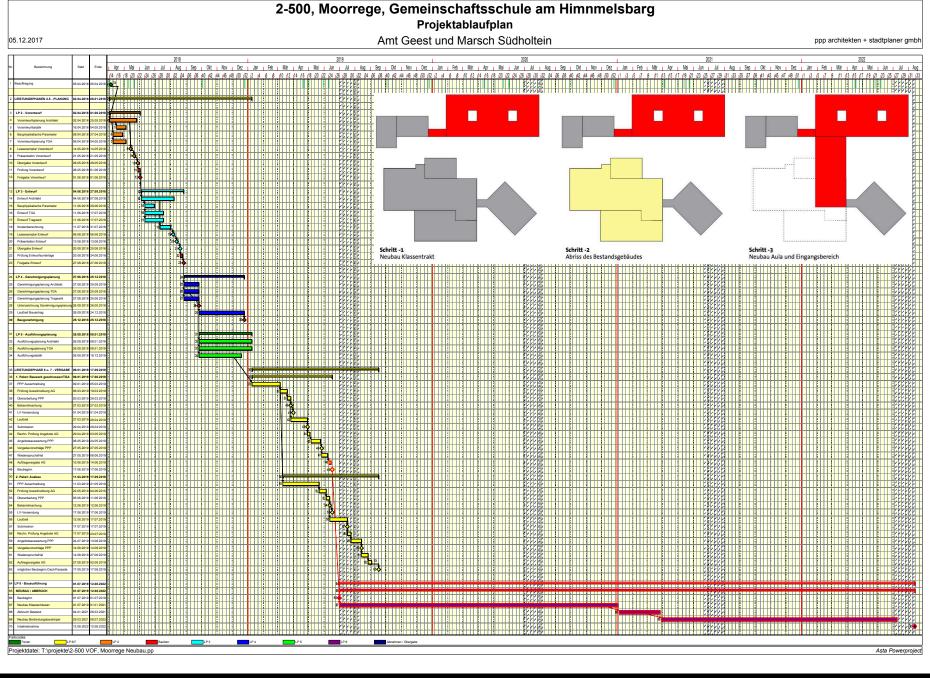
Nutzfläche Variante 2: 3.400 qm

x Faktor 1,55 BGF =

5.270 qm

кG	Bezeichnung	Menge	Einheit	Kosten [€] netto	Kosten [€] brutto	KKW [€] brutto
200					62,00€	326.744,25€
	Abbruch Bestandsgebäude	18.305	m³BRI	15,00€	17,85€	326.744,25€
300	Bauwerk / Baukonstruktionen	5.270	m² BGF		1.244,99€	6.561.117,00€
	Neubau [nach BKI Stand 2017]	5.270	m²BGF	1.046,21€	1.244,99€	6.561.117,00€
400	Bauwerk / Technische Anlagen	5.270	m² BGF		386,94 €	2.039.193,00€
	Neubau [nach BKI Stand 2017]	5.270	m²BGF	325,16€	386,94€	2.039.193,00 € - €
300+400	Baukosten	5.270	m² BGF		1.631,94€	8.600.310,00€
200-400	Gesamt	5.270	m²BGF		1.693,94 €	8.927.054,25 €

KG	Abriss	Neubau	Summe		
200	326.744,25€	- €	326.744,25€		
300	- €	6.561.117,00€	6.561.117,00€		
400	- €	2.039.193,00 €	2.039.193,00€		
300 + 400	- €	8.600.310,00€	8.600.310,00€		
Gesamt	326.744,25 €	8.600.310,00€	8.927.054,25€		
Anteil Nebenkosten	23%	23%			
700	75.151,18€	1.978.071,30€	2.053.222,48€		
Gesamt KG 200-400, 700	401.895,43 €	10.578.381,30€	10.980.276,73€		
	geschätzte Gesamtkosten 2019 [+5%] 11.529.290,5				



KFW 218

Variante 1 Sanierung Effizienzhaus 70

-vergünstigter Kredit **0,05%** (10 Jahre Laufzeit)

- Tilgungszuschuss: 175 €/qm NGF
- 2.800 gm x 175 € = **490.000** €

KFW 218

Variante 2 Sanierung Effizienzhaus 70

-vergünstigter Kredit **0,05%** (10 Jahre Laufzeit)

- Tilgungszuschuss: 175 €/qm NGF
- 3.400 qm x 175 € = **595.000** €

KFW 217

Variante 3 Neubau Effizienzhaus 55

-vergünstigter Kredit **0,05%** (10 Jahre Laufzeit)

- Tilgungszuschuss: 50 €/qm NGF
- 3.400 gm x 50 € = **170.000** €



217/218 Kredit



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

KG	Variante 1	Variante 2	Variante 3
200	- €	- €	326.744,25€
300	3.413.568,72 €	5.569.768,46 €	6.561.117,00€
400	1.337.800,52€	1.631.354,40 €	2.039.193,00€
300 + 400	4.751.369,24 €	7.201.122,86 €	8.600.310,00€
700	1.187.842,31 €	1.800.280,72€	2.053.222,48€
Interimsmaßnahmen	1.875.000,00 €	1.500.000,00€	- €
Gesamt KG 200-400, 700	7.814.000,00 €	10.501.000,00€	10.980.000,00€
Baupreisindex für 2019	5%	5%	5%
Gesamtkosten 2019 KG 200-400, 700	8.205.000,00 €	11.026.000,00€	11.529.000,00€
Tilgungszuschuss	490.000€	595.000€	170.000€
Gesamtkosten 2019 KG 200-400, 700	7.715.000,00 €	10.431.000,00€	11.359.000,00 €

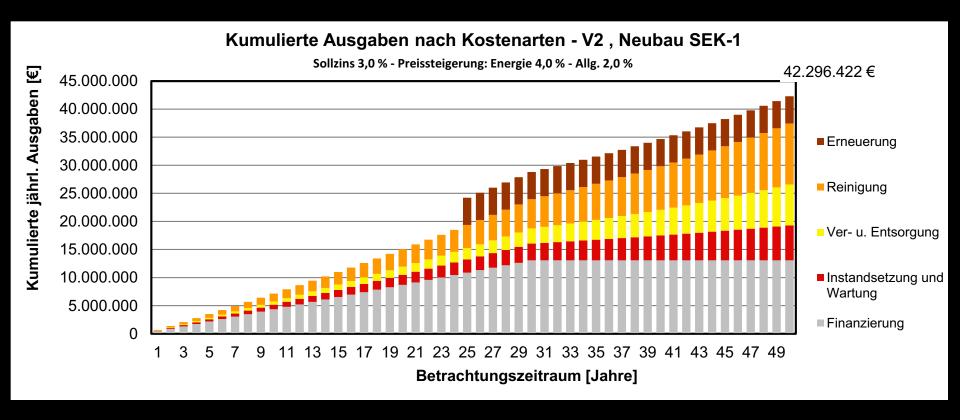




Abbildung 16 - Preisentwicklung Gas und Erdöl 2010 bis 2017

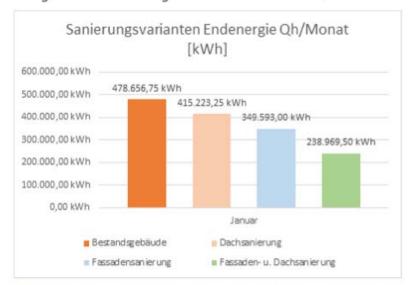


Abbildung 9 - Übersicht der Endenergetischen Bedarfe der Sanierungsvarianten

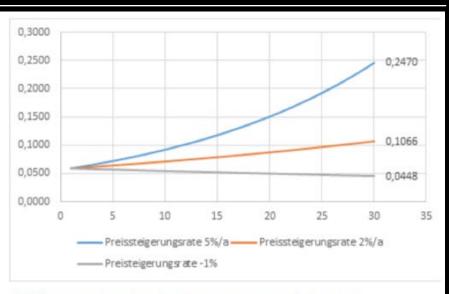


Abbildung 15 - Energiepreissteigerungsrate t 30a, bei 5,2,-1%

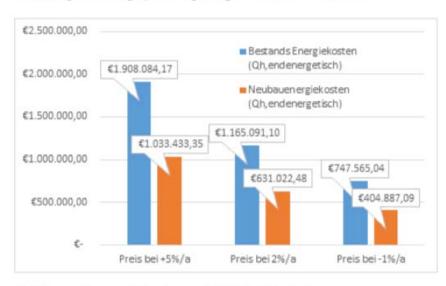


Abbildung 18 - Energiekostenvergleich bei t=30a in Summe

		VARIANTE 0 Fassadensanierung - Variante A keine Änderung des Volumens Erhalt der bestehnden Raumstruktur	VARIANTE 1 Faßadensanieurung - Variante A keine Änderung des Volumens Entkernen	VARIANTE 2 Faßadensanieurung - Variante B Anbau, Lichthöfe Entkernen	VARIANTE 3 Abriss und Neubau
1	BEWERTUNGSMATRIX				
1	Funktionalität, klare Ordnung der Funktionsbereiche		-	+	++
2	Orientierung im Gebäude	y 	(*)	+	++
3	Erfüllen des Raumprogramms	(+	++
4	Tageslichversorgung der Unterrichtsräume		+	++	++
5	Tageslichversorgung der Pausenräume	-	+	++	++
6	Tageslichversorgung der Verwaltungsräume	1/ 22	+	++	++
7	Barrierefreiheit		+	++	++
_	Gestaltung		()	+	++
	Wärmedämmung der Fassade	+	+	++	++
10	Tragwerk	0	0	+	++
1000000	Dächer	0	0	+	++
	Innenausbauten	(44	+	+	++
	Technische Gebäudeausrüstung	-	+	+	++
	Brandschutz, Klarheit der Fluchtwege	i	+	+	++
-	Altlasten und Schadstoffe		++	++	++
	Schall und Raumakustik		++	++	++
_	Energie und Raumklima	+	+	++	++
	Nachhaltigkeit	+	+	++	
19	Auswirkungen auf Schulbetrieb	.+	1.00	5	++
20	Baukosten	++	+	- 1-	1
21	Bauzeit	++	*	-	+
i		SCHEIDET AUS	KEINE EMPFEHLUNG	EMPFEHLUNGSVARIANTE	EMPFEHLUNGSVARIANTE

Schulsanierung/Teilneubau

Gemeinschaftsschule Am Himmelsbarg Moorrege hier: Kostenvariantenvergleich

	-					
		Sanierung		Sanierung		Neubau
		Effizienzhaus 70		Effizienzhaus 70		Effizienzhaus 55
	Kostenvariante 1 a	Kostenvariante 1 b	Kostenvariante 2 a	Kostenvariante 2 b	Kostenvariante 3 a	Kostenvariante 3 b
	8.200.000,00€	8.200.000,00 €	11.000.000,00€	11.000.000,00€	11.500.000,00€	11.500.000,00€
Kreditinstitut/Programm:	N.N.	KfW 208	N.N	KfW 218	N.N	KfW 217
Laufzeit:	30 Jahre					
Zinsbindung:	30 Jahre	10 Jahre	30 Jahre	10 Jahre	30 Jahre	10 Jahre
Zinssatz:	2,00%	0,05%	2,00%	0,05%	2,00%	0,18%
anfängl. Schulden-dienste	435.548,76 €	277.551,22 €	583.916,64 €	372.097,89 €	610.458,32 €	403.774,58 €
Zinsen nach 10 Jahren	1.374.337,60 €	34.358,45 €	1.842.500,00 €	46.062,53 €	1.926.250,00€	173.362,60 €
Restschuld nach 10 Jahren	5.470.000,00€	5.470.000,00€	7.333.333,60 €	7.333.333,60 €	7.666.666,80€	7.666.666,80 €
Zinsen nach 30 Jahren	2.482.012,80€	?	3.327.500,24 €	?	3.478.750,07 €	?
Tilgungszuschuss		490.000,00€		595.000,00€		170.000,00 €
Zusätzliche Verbandsumlage i	m 1. Jahr					
Haselau	29.238,48	18.632,07	39.198,45	24.979,01	40.980,20	27.105,48
Haseldorf	54.596,45	34.791,31	73.194,51	46.642,82	76.521,53	50.613,53
Heist	89.173,26	56.825,21	119.549,76	76.182,47	124.983,84	82.667,89
Moorrege	140.665,26	89.638,22	188.582,30	120.173,09	197.154,22	130.403,43
Holm	121.875,30	77.664,41	163.391,62	104.120,47	170.818,53	112.984,25
zusammen:	435.548,75	277.551,22	583.916,64	372.097,86	610.458,32	403.774,58

^{*} Die KfW-Förderprogramme 217/218 fördern die Errichtung und Sanierung von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur einschließlich der Umsetzung von Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz im Rahmen des "CO2-Gebäudesanierungsprogramms" des Bundes. Der Zinssatz wird in den ersten 10 Jahren der Kreditlaufzeit aus Bundesmitteln verbilligt. Nach Ablauf der 10 Jahre unterbreitet die KfW ein Folgeangebot, was sich an den normalen Konditionen für Investitionen der Kommunen (Programm 208) anpasst. Das heißt, das die zusätzliche Verbandsumlage sich nach 10 Jahren in jedem Fall nach oben entwickeln wird. Um an die Gesamtzinssumme der Kostenvarianten a heranzukommen, müsste der Zinssatz nach 10 Jahren über 4,2 % steigen.



CDU Fraktion in der Gemeindevertretung Holm

Finger, 226.

Bürgermeister der Gemeinde Holm

Herrn Walter Rißler

Schulstraße 12 25488 Holm

Holm, 22. Juni 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Rißler,

Im Namen der CDU Fraktion des Gemeinderates Holm, beantrage ich hiermit folgende Themen auf die Tagesordnungen der nächsten Ausschusssitzungen zu setzen bzw. die Verwaltung die Möglichkeit der Umsetzung zu prüfen:

- 1. Anschaffung eines zweiten Geschwindigkeitsmessgerätes mit Solarenergieversorgung.
- 2. Es sollte geprüft werden, ob es möglich ist Fahrbahnverengungen an den Ortseinfahrten einzurichten. Die Geschwindigkeiten, der in den Ort einfahrenden Fahrzeuge, könnte unserer Meinung nach auf diese Weise deutlich reduziert werden.
- 3. Wie ist der Sachstand bei der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Km/h auf dem Lehmweg in Höhe des DRK Kindergartens.
- 4. Fahrradfahrer, die den Lehmweg von der Straße "Im Sande" aus überqueren wollen, müssen eine sehr hohe Bordsteinkannte überwinden. Besonders für sehr junge und ältere Verkehrsteilnehmer kann dies gefährlich werden, wenn sie auf den Fuß- und Radweg fahren wollen. Es sollte geprüft werden, ob im Zuge der anstehenden Fahrbahnerneuerung, eine Bordsteinabsenkung etwas rechts von der Straßeneinmündung, eingebaut werden kann.

CDU-Fraktion Holm • Fraktionsvorsitzender

Tobias Zeitler • Eschtwiete 3 •25488 Holm • Tel.:01724122200 • tobias.zeitler@cdu-holm.de



CDU Fraktion in der Gemeindevertretung Holm

- 5. Die Gemeinde ist im Besitz einiger Grünlandflächen, die zum Teil als Ausgleichsflächen dienen. Es sollte mit der unteren Naturschutzbehörde geprüft werden, ob diese Flächen, zumindest in Teilen, als Bienen- bzw. Insektenweiden genutzt werden könnten. Sie müssten zu diesem Zweck mit entsprechender Vegetation bestellt werden. Man könnte hier unter Umständen an Programmen der Landesregierung teilhaben.
- 6. Wir regen an, in der nächsten Zukunft eine Schulung für Gemeinderatsmitglieder über das Baurecht durzuführen. In der Vergangenheit wurde vergleichbares vom Amt organisiert. Referent war z.B. der Kreisbauamtsleiter. Ziel sollte sein allen Gemeindevertretern ein Basiswissen zu vermitteln, welches in die unserer Meinung nach notwendige zukunftsorientierte Bauleitplanung bzw. Ortsentwicklungsplanung einmünden muss.

Mit freundlichen Grüßen

Tobias Zeitler



Holm, 12.08.2018

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN HOLM: Anlegen von Blühstreifen bzw. Blühflächen in Holm (Kategorie: Umweltausschuss Holm)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hüttner, sehr geehrte Frau Kaland,

wir bitten darum, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Umweltausschusses Holm zu nehmen und im Ausschuss zu behandeln:

Antrag:

- 1. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zur Realisierung von mehrjährigen Blühflächen und Blühstreifen in und um Holm auf folgenden Flächen zu untersuchen:
 - a. Ein Bereich der Wiese vor dem Dörpshus (ehemalige Fläche des Teiches)
 - b. Ein Bereich der Wiese links vor dem Gemeindehaus
 - c. Weitere, mögliche öffentliche Flächen
 - d. Randstreifen zwischen Feldern und Wassergräben
- 2. Dazu möge die Verwaltung bis zur nächsten Umweltausschusssitzung Flächenvorschläge erarbeiten und den Ausschussmitgliedern vorlegen.
- 3. Eine jährliche Fortführung und somit eine sukzessive Ausweitung der Blühflächen über einen Zeitraum von 3 Jahren. Da die Anlage von Blühstreifen und Blühflächen im ersten Jahr pflegeintensiver ist als in den Folgejahren, möchten wir eine Umsetzung in mehreren Schritten mit einer jährlichen Fortführung solcher Flächen über einen Zeitraum von mindestens 3 Jahren anregen. Der Fachausschuss sollte über den Verlauf jährlich unterrichtet werden und über die Fortsetzung und Ausweitung der Maßnahmen entscheiden.
- 4. Wir beantragen die für die Untersuchung und Umsetzung erforderlichen Mittel in den Haushalt 2018/19 einzustellen, damit die Umsetzung schon im Frühjahr 2019 beginnen kann!

Begründung:

In den letzten Jahren zeigte sich, dass unsere bestäubenden Insekten zunehmend Probleme mit der Nahrungsbeschaffung haben.

Warnungen und Hinweise wissenschaftlicher Studien und politische Stellungnahmen von Naturschutz-Verbänden und Behörden werden im Monatstakt veröffentlicht.

Unbestritten ist, dass der Bestand von Bienen, Wildbienen und Insekten in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gesunken ist und dadurch die von ihnen zu bestäubenden Pflanzen stark gefährdet sind. Schmetterlinge und Falter sind rapide im Rückgang begriffen. Die Schmetterlings-Populationen auf Wiesen haben sich seit 1990 halbiert. Bienen und Wildbienen verhungern im Sommer beklagen Naturschutz -und Imkerverbände bundesweit. Dadurch ist auch der Bestand unserer heimischen Singvögel und Kleintiere stark gefährdet. Bestäubung durch Bienen sichert unsere pflanzliche Nahrungsgrundlage.



Hier in Holm besteht wie an vielen Orten im Kreis Pinneberg durch intensive Düngung in privaten Gärten und Landwirtschaft, Anlegen von "immergrünen" Zier- und Steingärten, durch Ausweisung von Bauflächen und wenig vorhandener Waldbestand eine Nahrungsknappheit für Bienen und andere bestäubende Insekten.

In vielen Gemeinden im Kreis Pinneberg werden bereits sogenannten Blühstreifen und Blühflächen geschaffen, um der Entwicklung des massiven Rückgangs an Insekten und Bienen entgegen zu wirken. Öffentliche Grünflächen, Kreisverkehr, Straßenränder, Fußwege im Ort und am Ortsrand, Feld-/Wasserbegrenzungen können sich so in bunte Blumenwiesen verwandeln. Durch Bepflanzung von insektenfreundlichen, ganzjährig blühenden, einheimischen Pflanzen und Kräuter wird eine umfangreiche Nahrungsquelle für Vögel, Insekten und kleine Säugetiere gesichert.

Unter Beachtung der speziellen Standortbedingungen und der fachlichen Auswahl des Saatgutes zu den unterschiedlichen Standortansprüchen sollte man mit verschiedenen mehrjährigen Saatmischungen arbeiten, um Funktionalität (Nahrungsquelle) und Ästhetik (attraktiver Anblick) miteinander zu verbinden. Durch die zahlreichen blühenden Pflanzen ergibt sich sowohl für Menschen als auch für Tiere eine Aufwertung des Umfeldes.

Mit Dank und freundlichen Grüßen,

Bernd Lottmann Ludger Poppenborg Jan Koinecke

Fraktionsvorsitzender Mitglied Umweltausschuss Mitglied Umweltausschuss

SPD-Fraktion Holm

Holm, 11.06.2018

Antrag zur Geschwindigkeitsbegrenzung am Lehmweg im Bereich um den DRK-Kindergarten

Die SPD-Fraktion im Gemeinderat Holm beantragt:

Die Gemeindevertretung beschließt:

Die Verwaltung wird aufgefordert und ermächtigt, im Lehmweg den Bereich um den DRK-Kindergarten mit einem Tempolimit von 30 Stundenkilometern zu belegen und die entsprechenden Maßnahmen dafür umzusetzen.

Begründung:

Aktuell gilt in der genannten Straße ein Tempolimit von 50 Stundenkilometern. Aufgrund von Gesetzesänderungen ist es für Kommunen nun leichter, aus Sicherheitsgründen Straßenabschnitte an Kindergärten und Schulen mit einer Geschwindigkeitsreduzierung zu belegen. Dies sollten wir als Gemeinde nach Meinung der SPD-Fraktion und einiger Eltern, die sich an uns gewandt haben, nutzen.

Für die SPD-Fraktion

0